Presseschau vom 29.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Robert Inlakesh: **19 Jahre nach der US-Invasion in Irak: Hat der Westen etwas daraus gelernt?**
Fast zwei Jahrzehnte sind verstrichen und geschätzt eine Million Menschen getötet: Jetzt trommeln die Medien wieder für den Krieg. …
https://kurz.rt.com/2vua bzw. hier

Rainer Rupp: **Fernab der Realität: Lüge oder Selbstbetrug in der Ampel-Koalition**
Auch in der Politik kann man durchaus mal träumen und die Realität eine Weile ignorieren. Aber je länger das dauert, umso härter werden einen in der realen Welt die Konsequenzen treffen, die nicht mehr ignoriert werden können. …
https://kurz.rt.com/2w1v bzw. hier

Thomas J. Penn: **Neue Weltordnung: Erdgas gegen Rubel oder Gold – Putins Schachzug gegen den Westen**
Jeder neuen Weltordnung gehen gewaltige Umwälzungen im zugrundeliegenden Währungsparadigma voraus, deren letzte Konsequenz die Entfesselung eines Krieges sein kann. Im Nuklearzeitalter laufen die Dinge jedoch ein wenig anders. Wladimir Putin hat gerade nicht nur die bigotte Heuchelei des Westens entlarvt, sondern auch dessen derzeitige Inkompetenz. …
https://kurz.rt.com/2w37 bzw. hier

de.rt.com: **E.ON Chef Birnbaum: Massive wirtschaftliche Schäden bei Boykott von Rubel-Gaszahlungen**
Der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns E.ON fürchtet "massive Schäden" für die deutsche Volkswirtschaft, sollte die Bundesregierung ab April der Forderung der G7-Minister folgen, zukünftige Bezahlungen der russischen Gaslieferungen in Rubel abzulehnen. Es drohe der nationale "Notfallplan Gas". …
https://kurz.rt.com/2w3d bzw. hier

abends/nachts:

Ombudsman-dnr.ru: **Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR wandte sich an die internationalen Organisationen in Bezug auf den Schutz der Rechte der Soldaten, die in der Ukraine in Gefangenschaft geraten sind**
In Verletzung der Genfer Konvention vom 12. August 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen und der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe setzt die Ukraine weiter ihre kriminelle Praxis fort, rechtswidrige Methoden psychischer und physischer Einwirkung gegen gefangen genommene Beteiligte an der militärischen Sonderoperation anzuwenden, fort.
Ich bin tief erschüttert von den Bildern aus der Oblast Charkow, die gestern in den sozialen Netzwerken verbreitet wurden. In dem genannten Video gehen ukrainische Nationalisten grausam gegen gefangene Soldaten vor. Unbewaffnete und gefesselte Männern wird in die Geschossen. Dabei werden sie weiter verhört, sie erhalten nicht die notwendige ärztliche Behandlung.
Wir sprechen von einem empörenden Fall von Verletzung des internationalen humanitären

Rechts und des internationalen Rechts auf dem Gebiet der Menschenrechte. Dies ist ein Kriegsverbrechen, das die ukrainischen Kämpfer, die nicht bestraft werden, schon nicht mehr versuchen zu verbergen.
Heute wende ich mich offiziell an den Leiter der Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in der Ukraine Pascal Hundt und den Leiter der UN-Beobachtermission für Menschenrechte in der Ukraine Matilda Bogner mit dem Aufruf, in die Situation einzugreifen, die notwendige rechtliche Bewertung der Handlungen der Ukraine zu geben und dringende Maßnahmen zur Reaktion zu ergreifen, um Folter, Misshandlung und Erniedrigung von gefangenen Bürgern im weiteren zu verhindern.
Ich meine, dass dies durch die Behandlung der Frage der Situation der Rechte von Gefangenen in der Ukraine im Rahmen des UN-Komitees gegen Folter befördert werden könnte, und in der Folge bei der UN-Generalversammlung. Ich bestehe darauf, dass gerade die internationalen Rechtsschutzmissionen als Initiatoren einer entsprechenden Sitzung in der allernächsten Zeit auftreten müssen.
Die zivilisierte Welt kann die kriminellen Handlungen der Ukraine gegen Kriegsgefangene nicht stoppen, ohne ihnen Aufmerksamkeit zu widmen und sie zu verurteilen. Dies entwertet nicht nur das internationale humanitäre Recht, sondern auch das Institut der Menschenrechte im Ganzen.

21:34 (20:34) ria.ru: **Leichen von Opfern ukrainischer Nazis mit Folterspuren in Mariupol gefunden**
In Mariupol werden Leichen von Opfern ukrainischer Nazis mit Spuren von Folter und Misshandlung gefunden, sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums.
„In den Kellern der Gebäude der von den Nationalisten befreiten Stadt Mariupol wurden Leichen von Zivilisten mit Spuren brutaler Folter und Neonazi-Symbolen und Hakenkreuzen gefunden. Darüber hinaus bestätigen aus der Stadt gerettete Zivilisten, dass Neonazis wussten, dass sich Frauen und Kinder in den Kellern aufhielten, und absichtlich Granaten auf sie warfen.", sagte er.
Laut Misinzew seien Terror und Völkermord gegen das eigene Volk für die Ukraine zur Norm geworden.
"Umfassende Unterstützung der Vereinigten Staaten und einer Reihe von Ländern der Europäischen Union hat die Hände des Nazismus im ganzen Land gelöst, nur hier operieren Militäreinheiten mit den Symbolen des Dritten Reiches als Teil der nationalen Streitkräfte und Militärverbände mit der Aufgabe alles zu vernichten, was nicht ihren menschenverachtenden Vorstellungen entspricht", sagte der General.
Die Opfer davon seien ältere Menschen und Frauen, und Kinder seien schon in jungen Jahren einer harten Propaganda der Ideologie des Nazismus ausgesetzt, um sie zu Anhängern von Bandera zu machen, schloss er. …

https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e6/03/12/1778803364_0:399:2932:2048_1280x0_80_0_0_ad8a4c4ce5a6f7fa099a3f27b2d45d07.jpg

21:19 de.rt.com: **Lawrow: Bürgern "unfreundlicher" Länder wird Einreise nach Russland verwehrt**

Russische Behörden arbeiten derzeit an einem Präsidialerlass, der eine Reihe von Beschränkungen für die Einreise von Bürgern aus unfreundlichen Ländern vorsieht. Zuvor hatte die Regierung die EU, Japan, Kanada und mehrere andere Staaten auf die Liste gesetzt.

Russland werde die Einreise von Bürgern "unfreundlicher" Länder nach Russland beschränken. Dies gab der russische Außenminister Sergei Lawrow auf einer Sitzung der Kommission des Generalrats von "Einiges Russland" für internationale Zusammenarbeit und Unterstützung von Landsleuten im Ausland bekannt. Er sagte:

"Darüber hinaus wird derzeit der Entwurf eines Präsidialdekrets über Vergeltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem 'unfreundlichen' Verhalten einiger ausländischer Staaten ausgearbeitet. Dieses Gesetz würde eine Reihe von Einreisebeschränkungen nach Russland vorsehen."

Gleichzeitig, so Lawrow weiter, erleichtere Russland die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen, die sich im Hoheitsgebiet der Ukraine aufhielten. Die Maßnahme wurde eingeführt, "um eine Bedrohung für das Leben und die Gesundheit" dieser Bürger zu verhindern, damit sie sicher in ihre Heimatländer zurückkehren können, erklärte der Außenminister.

Im Gegenzug planen die Behörden nicht, ein totales Ausreiseverbot für Russen zu verhängen, sagte der Leiter des Verfassungsausschusses des russischen Föderationsrates, Andrei Klischas. Er erläuterte, dass die Gesetzgebung eine klare Liste von Gründen enthält, aus denen die Bürger an der Ausreise gehindert werden können, und dass alle diese Beschränkungen vorübergehender Natur sind. Der Senator stellte fest:

"Das heißt, es gibt keine Möglichkeit eines totalen Verbots für alle und für immer."

Russland hatte im Mai 2021 eine Liste mit "unfreundlichen" Ländern erstellt. Ursprünglich hatte sie nur zwei Staaten umfasst – die Vereinigten Staaten und die Tschechische Republik. Russland hatte diesen Schritt nach der Ausweisung seiner Diplomaten aus diesen Ländern unternommen.

Anfang März wurde die Liste im Zuge der Verschärfung der westlichen Sanktionen erweitert. Die Regierung nahm alle 27 EU-Länder, die Ukraine, Japan, Kanada, die Schweiz und eine Reihe weiterer Staaten in die Liste auf.

Russische Bürger und Unternehmen sowie der russische Staat, seine Regionen und Gemeinden können ihre Schulden bei ausländischen Gläubigern aus den in der Liste aufgeführten Ländern in Rubel bezahlen. Darüber hinaus wandelte der russische Präsident Wladimir Putin auch Zahlungen für Gas mit "unfreundlichen" Ländern in die Landeswährung

um.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241cce0b480cc552771c161.jpg

0:13 (23:13) ria.ru: **Biden deutete eine Beteiligung des US-Militärs an der Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte an**

US-Präsident Joe Biden hat angedeutet, dass US-Truppen an der Ausbildung ukrainischer Streitkräfte in Polen beteiligt sein könnten.

Am Montag versuchte der Chef des Weißen Hauses zu erklären, was er mit seinen aufsehenerregenden Äußerungen bei einem Treffen mit amerikanischen Fallschirmjägern sagen wollte, denen er die Gelegenheit versprach, sich persönlich vom Mut der Ukrainer zu überzeugen, wenn sie "da" seien .

„Wir haben darüber gesprochen, bei der Ausbildung der Truppen zu helfen, der ukrainischen Truppen, die in Polen sind … Ich wollte mit den ukrainischen Truppen in Polen sein und mit ihnen sprechen“, sagte Biden.

Er selbst hat wiederholt die Möglichkeit ausgeschlossen, amerikanische Truppen in die Ukraine zu schicken, da dies einen Dritten Weltkrieg bedeuten könnte. Am Montag wiederholte Biden, dass ein „Boden- oder Atomkrieg“ mit Russland das Letzte sei, was er wolle. …

https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e6/03/1b/1780302516_0:104:3076:1835_1280x0_80_0_0_29487dc5465b5aa3e6cd8dc56cf222ed.jpg

23:46 de.rt.com: **Burkina Faso: Demonstranten verlangen Ende von Militärzusammenarbeit mit Frankreich**

Eine zivilgesellschaftliche Koalition kritisiert, dass sich die Behörden von Burkina Faso zu sehr auf Frankreich bei der Terrorbekämpfung verlassen. Man müsse stattdessen auf Länder wie Russland, China und Nordkorea orientieren.

Eine Koalition verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen hat die Behörden von Burkina Faso aufgerufen, die Zusammenarbeit im militärischen Bereich mit Frankreich einzustellen, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtete. Stattdessen müsse das Land im Kampf gegen den Terrorismus mit Russland zusammenarbeiten, so die Vertreter der Koalition.
Die Koalition hatte ursprünglich eine Demonstration in der Landeshauptstadt Ouagadougou durchführen wollen, jedoch erhielt sie von den Behörden keine Genehmigung. Daher hielt sie stattdessen eine öffentliche Konferenz auf dem Gelände eines Verbandes ab.
Ismael Nana, der Generalsekretär der Koalition, die über 72 panafrikanische Organisationen vertritt, erklärte:
"Wir wehren uns gegen die Aufstellung ausländischer Streitkräfte auf unserem Boden, die unser Vertrauen nicht mehr verdienen. Wir fordern die Aufhebung der kolonialen Abkommen, die uns seit Jahren behindern."
Nana fügte hinzu, dass die Demonstranten ihre Freiheit verlangen. Die Behörden des afrikanischen Staates müssten ihre Partner im Kampf gegen den Terrorismus in Richtung von Staaten wie Russland, China und Nordkorea erweitern.
Lassané Sawadogo, Koordinator der Heimatländischen Verteidigungsfront, bekräftigte:
"Seit Jahren ist Frankreich, unser Kolonisator, hier in Burkina Faso und glaubt, dass es für unsere Interessen kämpft, aber das Gegenteil ist der Fall. Frankreich ist in Burkina Faso, plündert unseren Reichtum und schafft auch Terrorismus, indem es Waffen an die Terroristen liefert, und es sind dieselben Terroristen, die unsere Soldaten an der Front bekämpfen."
Ousmane Ouedraogo, der stellvertretende Generalsekretär der Koalition, betonte, dass man Russland achte, weil das Land weltweit agiert habe, um die terroristische Gefahr zu bekämpfen, etwa in Syrien, Venezuela, der Zentralafrikanischen Republik und Burkina Fasos Nachbarland Mali. Dort gebe es eine Entwicklung zu Positiven.
Die Demonstranten trugen russische Fahnen und hielten Transparente mit gegen Frankreich gerichteten Losungen hoch, etwa: "Nein zur Militärkooperation mit Frankreich, Ja zu Russland".
Die Koalition "Faso Lagam Taaba Zaka" wurde nach dem Militärputsch gegen den Präsidenten Roch Marc Christian Kaboré am 24. Januar dieses Jahres ins Leben gerufen. Die Putschisten hatten die Absetzung Kaborés mit seinem angeblichen Versagen angesichts einer seit 2015 andauernden Sicherheitskrise begründet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241e660b480cc51141014ed.jpg

0:48 (23:48) ria.ru: **Das Pentagon bezeichnet Russland in seiner nationalen Verteidigungsstrategie als „akute Bedrohung“**
Das Pentagon nennt in der aktuellen nationalen Sicherheitsstrategie Russland eine "akute Bedrohung" und China - einen "permanenten Rivalen", folgt aus den veröffentlichten

Erläuterungen zum Dokument.
„Russland stellt eine akute Bedrohung dar, wie die brutale und unprovozierte Invasion der Ukraine gezeigt hat. Wir werden uns weiterhin mit unseren NATO-Verbündeten und -Partnern zusammentun, um eine starke Abschreckung angesichts der russischen Aggression zu stärken“, sagte das US-Militär in einem Memo an das Dokument.
In der Erklärung heißt es: „Das Ministerium wird umgehend handeln, um die Eindämmung der VR China als unseren hartnäckigsten strategischen Rivalen und Herausforderung für das Ministerium zu stärken.“
Das Ministerium sei weiterhin in der Lage, mit anderen bestehenden Bedrohungen umzugehen, darunter Nordkorea, Iran und gewaltbereiten extremistischen Organisationen.
Das Pentagon beschrieb die Kernpunkte der Strategie, darunter Arbeiten zur umfassenden Abschreckung. „Abschreckung vor Aggression, während Vorbereitungen im Gange sind, um den Konflikt bei Bedarf zu beherrschen. Herausforderungen aus der VR China in der indo-pazifischen Region haben Priorität, dann Herausforderungen aus Russland in Europa“, heißt es in der Erklärung.
„Für beide Seiten vorteilhafte Allianzen und Partnerschaften stärken die Vereinigten Staaten und sind entscheidend für das Erreichen unserer Ziele, wie die einheitliche Reaktion auf die weitere Invasion Russlands in der Ukraine zeigt“, erklärte das Pentagon und versprach, die Beziehungen zu den Verbündeten zu stärken.
Zuvor hatte das US-Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die als Verschlusssache eingestufte Aktualisierung der nationalen Strategie dem Kongress vorgelegt worden sei, der den Haushalt beschließt und kraft seiner Befugnisse die Arbeit der Regierungsbehörden überwacht, die den Gesetzgebern auf verschiedenen Ebenen regelmäßig Bericht erstatten.
Russland hat am 24. Februar eine spezielle Militäroperation in der Ukraine gestartet. …

https://cdnn21.img.ria.ru/images/149729/76/1497297667_0:77:2612:1546_1280x0_80_0_0_5374d272267b9aabfca208f8fc2a0787.jpg

1:00 (0:00) rusvesna.su: **Die USA planen, innerhalb von fünf Jahren sieben Batterien mit Hyperschallraketen aufzustellen**
Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, in den nächsten fünf Jahren drei Langstrecken-Hyperschallraketenbatterien und vier Mittelstreckenbatterien aufzustellen.
Dies wurde am Montag, dem 28. März, bei einem Briefing für Journalisten durch den Vertreter des Generalstabes der US-Streitkräfte, Vizeadmiral Ron Boxall, bekanntgegeben.
„Das US-Verteidigungsministerium stellt in den nächsten fünf Jahren drei Langstrecken-Hyperschallbatterien und vier Mittelstreckenbatterien auf“, sagte er.
Er kommentierte die Eckdaten des wenige Stunden zuvor vom Weißen Haus vorgelegten Entwurfs des US-Bundeshaushalts für das Geschäftsjahr 2023.
Nach Angaben des Vizeadmirals beinhalten die Pläne der US-Regierung im Rahmen der aktuellen Haushaltsvorschläge "den Einsatz von Hyperschallwaffen auf land-, luft- und

seegestützten Plattformen".
Das neue Geschäftsjahr beginnt in den USA am 1. Oktober.

2:58 (1:58) ria.ru: **FT: Zunehmender wirtschaftlicher Druck auf Russland könnte den Westen spalten**
Erhöhter wirtschaftlicher Druck auf die Russische Föderation in Form zusätzlicher antirussischer Sanktionen würde eine schwere Wirtschaftskrise in Europa verursachen und könnte zu einer Spaltung der Einheit des Westens führen, schreibt die Financial Times.
Die Veröffentlichung stellt fest, dass westliche Länder „sogar sich selbst mit Geschwindigkeit und Einheit überrascht“ haben, als sie „beispiellose“ Sanktionen gegen Russland ankündigten.
Allerdings würden die Folgen des "Wirtschaftsgefälles" mit Moskau in Form von steigenden Preisen, Stromknappheit, Arbeitsplatzverlusten und sozialen Problemen durch den Zustrom ukrainischer Flüchtlinge bald stärker in Europa zu spüren sein. Beispielsweise führt der Autor des Artikels an, dass die britischen Stromrechnungen im April um 50 % und im Oktober um weitere 50 % steigen könnten.
Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass es im Nahen Osten und in Afrika, wo die Regierungen nicht über genügend Ressourcen verfügen, um die Auswirkungen steigender Lebensmittelpreise abzumildern, zu einem starken Anstieg des Hungers kommen könnte, der wiederum zu einem neuen Zustrom von Flüchtlingen nach Europa führen könnte.
„Wenn der wirtschaftliche Druck zunimmt, könnte die Einheit des Westens zersplittern, was zu Druck auf die politischen Führer von verschiedenen Seiten führen würde“, schreibt die Zeitung.
Laut dem Autor des Artikels „beginnen sich bereits Spannungen zwischen den westlichen Regierungen zu zeigen“. …

https://cdnn21.img.ria.ru/images/151692/48/1516924816_0:0:2001:1126_1280x0_80_0_0_822eadc80f65d087374b89f248d57338.jpg

4:58 (3:58) novorosinform.org: **Der Bürgermeister von Nikolajew machte sich über die Forderungen der Stadtbewohner lustig, die Artillerie der Streitkräfte der Ukraine von Wohngebäuden zu entfernen**
Während einer Live-Übertragung im sozialen Netzwerk spottete Alexander Senkewitsch über den Wunsch eines Einwohners der Stadt.
Der Bürgermeister von Nikolajew, Alexander Senkewitsch, machte sich über die Aufrufe der Zivilbevölkerung lustig, die Artillerie der ukrainischen Truppen aus den Wohngebieten der Stadt abzuziehen.
Während einer direkten Verbindung mit Abonnenten des sozialen Netzwerksantwortete

Senkewitsch spöttisch auf die Anfragen der Stadtbewohner.
"Lasst uns noch mehr Soldaten aus der Stadt entfernen. Willkommen, Russen. Kommt herein, meine Lieben", sagte der Bürgermeister.

https://novorosinform.org/content/images/20/18/42018_720x405.jpg

6:30 (5:30) rusvesna.su: **In den USA will man der Ukraine beschlagnahmte russische Vermögenswerte geben**
Senatoren zweier Parteien der Vereinigten Staaten haben einen Gesetzentwurf vorbereitet, wonach vorgeschlagen wird, mit dem Erlös aus der Beschlagnahme von Vermögenswerten der Russischen Föderation der Ukraine zu helfen. Das berichtete das Portal Axios am Montag. Demnach initiierten der demokratische Senator von Colorado Michael Bennett und der republikanische Senator von Ohio Rob Portman die Einrichtung eines Fonds, „um ukrainischen Flüchtlingen zu helfen und die Ukraine wiederherzustellen“, der vom Außenministerium und der US-Agentur für internationale Entwicklung verwaltet wird.
„Eine Möglichkeit, zu helfen, besteht darin, vom Einfrieren der Vermögenswerte russischer Oligarchen und wohlhabender Bürger zur Beschlagnahme ihrer Vermögenswerte überzugehen und diese Gelder den Menschen in der Ukraine zur Verfügung zu stellen, um sie bei laufenden humanitären Aktivitäten zu unterstützen“, wird Portman zitiert.

vormittags:

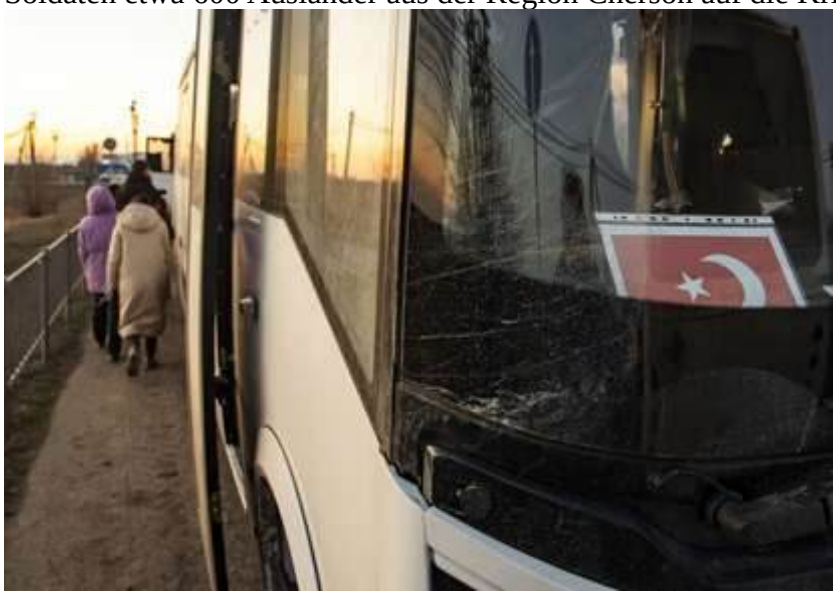
6:15 de.rt.com: **Habeck plant, 150 Milliarden Euro schweren Coronafonds für Folgen der Sanktionen umzuwidmen**
Medienberichten zufolge plant Wirtschaftsminister Robert Habeck, den 150 Milliarden Euro schweren Coronafonds umzuwidmen, um die Folgen der Sanktionen gegen Russland für deutsche Unternehmen abzumildern. Doch Finanzminister Christian Lindner mauert.
Die Folgen der Sanktionen gegen Russland treffen auch deutsche Unternehmen hart. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) will nun darauf reagieren und wandte sich in einem Bittbrief, der dem Handelsblatt vorliegt, an Finanzminister Christian Lindner (FDP), in dem er vorschlug, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) aus der Corona-Krise umzuwidmen.
Der Bund hatte den Fonds während der Corona-Krise aufgelegt und mit 600 Milliarden Euro ausgestattet. Im Laufe der Zeit war das Volumen auf 150 Milliarden Euro reduziert worden. Mit dem Geld ist es dem Staat möglich, sich direkt an Unternehmen, die von der Krise betroffen sind, zu beteiligen. Eines der bekanntestes Beispiele ist die Beteiligung des Staates an der Lufthansa während der Corona-Krise. Auch Kredite können durch den WSF abgesichert werden. Im Schreiben fordert Habeck Lindner nun dazu auf, "möglichst zeitnah einen Entwurf für eine entsprechende Anpassung" des Fonds vorzulegen. Habeck will den

Fonds nicht nur für die deutsche Energiewirtschaft öffnen, dieser soll generell "zur Stabilisierung volkswirtschaftlich relevanter Unternehmen" beitragen. Der WSF würde Ende Juni auslaufen, weshalb Habeck fordert, die Begrenzung aufzuheben.
Laut Handelsblatt ist Lindner jedoch nicht von Habecks Vorschlag überzeugt. Weiterhin kann Berlin den Fonds nur umwidmen, wenn dies auf EU-Ebene genehmigt wird. Normalerweise lässt das europäische Beihilferecht Staatshilfen in dieser Höhe nicht zu, weshalb die EU-Kommission das Recht schon während der Corona-Krise lockerte. Doch eine Umwidmung des WSF wäre nach aktuellem Plan der EU-Kommission nicht erlaubt. Habeck plädiert deshalb dafür, dass sich die Bundesregierung für eine umfassende Lockerung des EU-Beihilferechts einsetzt. Lindner, der 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr bereitstellen muss und außerdem ab 2023 die Schuldenbremse wieder einhalten will, lehnt dies laut einem Bericht des Handelsblatts jedoch ab.
Habecks bisherige Unterstützung der deutschen Wirtschaft besteht bisher lediglich aus einem Kreditprogramm der KfW-Förderbank für kleine und mittlere Unternehmen. Im Schreiben an das Finanzministerium heißt es jedoch:
"Staatliche Kredite oder Garantien werden nicht in allen Fällen ausreichen, um die Unternehmen zu stabilisieren."
Wie es laut Handelsblatt am Montag in Regierungskreisen hieß, soll das Finanzministerium weiterhin nicht viel von der WSF-Umverteilung halten und plädiert stattdessen dafür, bestehende Probleme mit Kreditprogrammen zu lösen. Mehr Staatsbeteiligung sei nicht notwendig.
Besonders die Energiewirtschaft leidet unter der aktuellen Lage mit Sanktionen und hohen Preisen für Öl, Gas und Kohle. So hat der Energiekonzern VNG bei der Bundesregierung bereits ein KfW-Darlehen in Milliardenhöhe beantragt. Aber auch energieintensive Industrieunternehmen aus den Branchen Metall, Glas, Papier und Chemie sind zum Teil mit einer Vervielfachung ihrer Rechnungen für Strom und Gas konfrontiert. In einigen Branchen werden zahlreiche Insolvenzen befürchtet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62421206b480cc552771c195.jpg

7:00 de.rt.com: **Mehr als 130 türkische Staatsangehörige aus der Region Cherson auf die Krim evakuiert**
Russische Soldaten haben 138 türkische und zehn ukrainische Staatsbürger aus der ukrainischen Region Cherson nach Russland evakuiert. Das teilte das russische Verteidigungsministerium mit. In einer entsprechenden Erklärung hieß es:
"Das Militärpersonal des Südlichen Militärbezirks organisierte am heutigen Tag die sichere Überführung von 138 türkischen und 10 ukrainischen Staatsbürgern aus der Region Cherson auf das Territorium der Russischen Föderation."

Alle Personen, die das Gebiet der militärischen Sonderoperation verlassen wollten, seien vom zentralen Platz in Cherson mit Bussen oder im Konvoi mit Privatfahrzeugen abgeholt worden. Ihre Sicherheit sei auf der Fahrt zur Krim gewährleistet.
Nach Angaben des Verteidigungsministeriums erfolgte die Evakuierung auf Ersuchen ausländischer Botschaften sowie auf Bitten der örtlichen Bevölkerung, die bei der russischen Militärkommandantur in Cherson eingegangen seien.
Während des gesamten Zeitraums der militärischen Sonderoperation evakuierten russische Soldaten etwa 600 Ausländer aus der Region Cherson auf die Krim.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62428b2eb480cc4f3a1bce85.jpg

7:09 de.rt.com: **Gericht hebt Bewährungsstrafe von russischem Regisseur Kirill Serebrennikow auf**
In Moskau hob ein Gericht die zur Bewährung ausgesetzte Strafe des Regisseurs Kirill Serebrennikow auf. Auch sein Strafregister wurde gelöscht. Damit wurde dem Antrag der Verteidigung auf Aufhebung der Bewährungsstrafe vor Ablauf der Bewährungszeit stattgegeben.
Das Moskauer Gericht Chamownitscheski hat die Entscheidung über die Verhängung einer Bewährungsstrafe gegen den Filmemacher Kirill Serebrennikow vor Ablauf seiner Bewährungszeit aufgehoben und die Strafe aus seinem Register gelöscht. Dies berichtete der Pressedienst des Gerichts. Wörtlich hieß es:
"Richterin Mischtschenko vom Gericht Chamownitscheski beschloss, dem entsprechenden Antrag der Verteidigung stattzugeben und die bedingte Verurteilung von Serebrennikow vor Ablauf seiner Bewährungszeit aufzuheben und sein Strafregister zu löschen."
Laut dem Gerichtsurteil, kam die Richterin zu dem Schluss, dass Serebrennikow sich nach seiner Verurteilung tadellos verhalten haben soll. Er habe den von ihm verursachten Schaden wiedergutgemacht und die Geldstrafe bezahlt. Auf dieser Grundlage könne das Gericht sein Strafregister löschen und seine Bewährungsstrafe vor Ablauf der Bewährungszeit aufheben, so die Richterin.
Im Juni 2020 hatte das Meschtschanski-Gericht in Moskau Serebrennikow und sein Team wegen Veruntreuung staatlicher Fördergelder schuldig gesprochen. Es handelte sich um 129 Millionen Rubel (rund 1,3 Millionen Euro). Serebrennikow erhielt damals eine dreijährige Bewährungsstrafe. Zwei weitere Angeklagte, die Produzenten Aleksei Malobrodski und Juri Itin, wurden ebenfalls zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die ehemalige Mitarbeiterin des Kulturministeriums, Sofja Apfelbaum, wurde der Fahrlässigkeit für schuldig befunden und zu

einer Geldstrafe verurteilt, aber wegen Verjährung freigesprochen.
Zudem gab das Gericht auch der Klage des Kulturministeriums statt, das von Serebrennikow, Itin und Malobrodski gesamtschuldnerisch rund 129 Millionen Rubel Schadensersatz verlangt. Ein Jahr später wurde bekannt, dass Serebrennikow die gerichtlich festgelegte Geldstrafe bezahlt hatte. In Oppositionskreisen galt der Prozess als politisch motiviert.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242045e48fbef6cd3568e7a.jpg

8:23 (7:23) ria.ru: **Kasachstan unterstreicht Unterstützung für das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit**
Kasachstan halte am Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit fest und befürworte eine friedliche Lösung internationaler Probleme auf der Grundlage des Völkerrechts, sagte Malen Ashimbajew, Sprecher des Senats (Oberhaus) des kasachischen Parlaments.
In seiner Rede am Dienstag in Alma-Ata auf der feierlichen Sitzung des IPA-GUS-Rates, die dem 30. Jahrestag der Interparlamentarischen Versammlung gewidmet war, stellte Ashimbajew mit Bedauern fest, dass „das Jubiläumstreffen der IPA-GUS vor einem beispiellosen Hintergrund geopolitischer Spannungen in der Welt stattfindet."
„Unser Land hält an der Position fest, dass Sicherheit unteilbar ist und dass es keine Alternative zu einer friedlichen Lösung internationaler Probleme auf der Grundlage des Völkerrechts und der Prinzipien der UN-Charta gibt. In dieser Hinsicht unterstützen wir alle Bemühungen, die darauf abzielen, den Verhandlungsprozess voranzubringen “, sagte Ashimbajew.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/152280/64/1522806404_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_0dd33935e382e0500a74e2ae8b549926.jpg

7:48 de.rt.com: **Moskauer Gericht begründet Entscheidung zum Verbot von Meta in Russland**

Russland hatte den US-Konzern Meta vergangene Woche als "extremistisch" eingestuft und verboten. Nun veröffentlichte ein Moskauer Bezirksgericht die Begründung für die Entscheidung. Das Gericht betonte, dass die Nutzung von Facebook und Instagram nicht verboten sei.

Die Begründung der Entscheidung eines Moskauer Bezirksgerichts, die Aktivitäten von Meta zu verbieten und als extremistisch einzustufen, wurde genau eine Woche nach der entsprechenden Gerichtssitzung veröffentlicht. Das Gericht stellte fest, dass Meta "unter dem Deckmantel kommerzieller Aktivitäten" zu Gewalt gegen russische Bürger aufruft, deren Rechte verletzt und eine Bedrohung für Russlands verfassungsmäßige Ordnung darstellt.

Nach Ansicht der Justiz zeugen die von Meta zur Verfügung gestellten Informationen in offenen Quellen von vorsätzlich diskriminierenden und extremistischen Manifestationen in Bezug auf russische Bürger und russische Massenmedien, die eine alternative Meinung zu bestimmten Themen zum Ausdruck bringen. So habe Meta etwa russische Staatsmedien gesperrt beziehungsweise den Zugang zu einigen dieser Medien eingeschränkt. Das Gericht verwies zudem auf extremistische, nazistische und islamistische Inhalte sowie Aufrufe zur Teilnahme an Protesten.

Hintergrund des Vorgehens der russischen Justiz ist eine Entscheidung von Meta, Aufrufe zur Gewalt gegen das russische Militärs in der Ukraine zuzulassen. Meta hatte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Regellockerungen bekannt gegeben. So dürfen Nutzer beispielsweise gegen Richtlinien verstoßen und "den russischen Eindringlingen" den Tod wünschen.

Aus der Gerichtsentscheidung folgt außerdem, dass gewöhnliche Nutzer von Facebook und Instagram nicht für die Nutzung dieser sozialen Netzwerke zur Rechenschaft gezogen werden. Die beiden Dienste sind in Russland bereits blockiert. Der ebenfalls zum US-Konzern Meta gehörende Messenger WhatsApp soll von der Maßnahme verschont bleiben, da er nicht zur öffentlichen Informationsverbreitung diene.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241b44648fbef6cf5760c9e.jpg

8:20 de.rt.com: **Kreml: Russland wird NATO-Staaten nicht angreifen, solange sie es nicht dazu zwingen**

In einem Interview mit dem US-Sender PBS hat Kremlsprecher Dmitri Peskow auf die Frage, ob Russland NATO-Mitgliedstaaten angreifen würde, erklärt: "Daran wollen wir nicht denken."

Dann ergänzte er, eine solche Situation sei "gemäß dem Prinzip der Gegenseitigkeit" möglich, also wenn Russland zu diesem Schritt gezwungen wäre.

Peskow brachte demnach die Besorgtheit Moskaus darüber zum Ausdruck, dass die NATO ihre Präsenz an den Grenzen zu Russland verstärkt. Peskow wörtlich:

"Wir fühlen uns wie während eines Krieges".
Bezüglich der Möglichkeit eines Einsatzes von Nuklearwaffen unterstrich der Kremlsprecher, niemand denke daran – nicht einmal "an die Idee". Er betonte aber deutlich die Warnung des russischen Präsidenten an andere Staaten zu Beginn des Krieges in der Ukraine, sich nicht einzumischen:
"Er war sehr unnachgiebig in seiner Warnung, er war ziemlich ernst in Bezug darauf. Und ich denke, dass jeder versteht, was er meinte."
Auf die Vermutung eines Journalisten, dass Putins Rede eine Androhung eines Nuklearwaffeneinsatzes beinhaltet habe, antworte Peskow: "Das denke ich nicht."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/624299d448fbef6bc1473ba8.jpg

9:31 (8:31) novorosinform.org: **Russland wird die befreiten Gebiete der Ukraine nicht aufgeben – Senator**
Der Senator der Krim, Mitglied des internationalen Komitees des Föderationsrates der Russischen Föderation, Sergej Zekow, sagte, Russland werde den Schutz der Bevölkerung in den befreiten Gebieten der Ukraine gewährleisten.
Zekow wies darauf hin, dass Russland nicht vorhabe, die befreiten Gebiete der Ukraine zu verlassen, und die Sonderoperation gemäß dem geplanten Szenario fortsetzen werde, teilte RIA Novosti mit.
„Die befreiten Gebiete der Ukraine werden geschützt. Niemand wird gehen, ohne den Schutz der in diesen Gebieten lebenden Bevölkerung zu gewährleisten“, sagte Zekow.

https://novorosinform.org/content/images/20/34/42034_720x405.jpg

8:40 de.rt.com: **Unmut und Kritik bei Medienpolitikern und IT-Providern über Sperrung von RT und Sputnik**

In Politik und Mainstream-Medien regen sich Unmut und Kritik wegen der Zensurmaßnahmen gegen RT DE und SNA/Sputnik. Plötzlich werden Erwägungen gegen deren Sperrung laut. Dabei stören sich IT-Unternehmen offenbar am zusätzlichen Aufwand und den damit verbundenen Kosten.

Die Meldung scheint vor lauter westlicher Frontberichterstattung aus der Ukraine etwas untergegangen zu sein. Wie das Portal Heise Online in der vergangenen Woche schreibt, haben sich der Hamburger Senator für Kultur und Medien, Carsten Brosda, und verschiedene Firmen aus der Internet-Branche kritisch über die faktischen Zensurmaßnahmen gegen die russischen Nachrichtenagenturen RT und SNA/Sputnik geäußert.

Hintergrund sind die am 2. März 2022 von der EU verhängten Sanktionen gegen Sendungen der beiden Anbieter. Seine politische Kritik an der EU-Entscheidung brachte der Hamburger Senator auf die Formel, dass der Beschluss des EU-Rates ihn "mindestens unruhig" mache, wie er auf einem Symposium der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) in Berlin vergangene Woche erklärte.

Unklares Sowohl-als-auch

Brosda verteidigte die "Staatsferne bei der Aufsicht", die "aus guten Gründen" bestehe. Nun aber würden Regierungen entscheiden und "garnierten" ihr Verbot noch dazu mit einer Aufforderung an internationale Online-Plattformen, "einschlägige Dienste der betroffenen Sender auf jeden Fall zu unterdrücken", wie Heise schreibt.

Der Hamburger Politiker forderte "ausgewogene Diskussion in einer Demokratie", die anders ablaufen müssten als das, was gegenwärtig geschieht. Allerdings blieb unklar, wie Brosda sich tatsächlich die Sicherstellung offener Diskussionen genau vorstellt. Er trat dafür ein, beispielsweise "Regeln" für eine "gemeinsame Wissensbasis" für die Bürger im Voraus aufzustellen. Solche Regeln sollten auch für das Vorgehen gegen "Desinformation", insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen oder als Schutz vor allzu starker Markt- und Meinungsmacht aufgestellt werden. Erst danach könnten "Maßnahmen" gegen bestimmte Medien getroffen werden. Offen sei auch, ob die Internet-Anbieter für die "inhaltliche Qualitätskontrolle" zuständig seien.

Immerhin sprach sich Brosda für "Vorsicht bei zu viel staatlichem Regulierungseifer" aus. Viele Mediennutzer wollten, meinte er, einfach wissen, "wie russische Propaganda aussieht". Und da viele von ihnen medienkompetent seien, hätten sie dies auch schnell herausgefunden. Eine Sperrung könne auch eine "böse Konsequenz" haben. Außerdem könnte das russische Publikum weiterhin die in der EU gesperrten Inhalte abrufen, wie Brosda offensichtlich bedauerte.

Trotzdem plädierte Brosda dafür zu sorgen, dass die Sender, die angeblich systematisch "Kreml-Propaganda" verbreiteten, als solche erkennbar sein müssten, womit er vermutlich meinte, dass sie auch zu empfangen sein sollten. Dennoch befürwortete Brosda das Gerichtsverfahren, das die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) gegen RT DE angestrengt hat.

Unwille bei den Providern?

Allerdings bereitet die Umsetzung der Sperren den Online-Unternehmen einigen Aufwand und daher auch zusätzliche Kosten. So zitiert Heise eine Abteilungsleiterin des Netzanbieters Vodafone, die sich im Fall der Sperren gegen RT darüber beklagt habe, wie "absolut unpräzise" die betreffende EU-Verordnung sei. Hinzu kommt, dass man bei dem Unternehmen eine Haftung für Inhalte prinzipiell ablehne. Die EU habe nicht klar geregelt, ob Audio-Video-Übertragungen komplett unterdrückt werden sollten. Dazu hätte das Unternehmen eine "Deep-Packet-Inspection" vornehmen müssen, die rechtlich nicht zulässig

sei.
Daher habe es mehrere "Hilfeersuchen" an die Bundesnetzagentur gegeben. Diese habe dann eine "Empfehlung für die Blockade einschlägiger Webseiten ausgesprochen". Bezeichnenderweise sehe die Regulierungsbehörde in der Sperre "keine Verletzung der Netzneutralität". Das Problem ist nur, dass von solch einer Sperrung auch "journalistische Inhalte betroffen" sein könnten, "die nicht rechtswidrig sind", was wiederum zu sogenanntem "Overblocking" führen würde.
Interessanterweise habe sich auch ein Vertreter von Google Deutschland kritisch zu den EU-Sanktionen verhalten. "Eine Vorzensur darf nicht stattfinden", habe ein Google-Angestellter erklärt, der für Kontakte zu Regierung und Öffentlichkeit zuständig ist. Der Konzern, der mit seiner Suchmaschine groß geworden ist, strebe danach, als "Abbilder der Meinungsfreiheit" aufzutreten und den offenen Zugang zum Internet zu gewährleisten. Es sei neu, dass RT "auch in der Suche nicht mehr auffindbar ist".
Auch eine Lobbyistin des Facebook-Mutterkonzerns Meta gab sich kritisch: Schon bevor die EU-Sanktionen verhängt worden seien, habe man RT-Inhalte mit dem Etikett "staatlich kontrolliertes Medium" versehen. Das Unternehmen scheint wegen der Sperrung nun eine Klage wegen Diskriminierung zu fürchten, die nach dem Medienstaatsvertrag zulässig sein könnte. Dringlich sei daher, dass die Politik die Grundlagen für solche Sperren klären würde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241f9e0b480cc55565ec049.jpg

9:00 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: EU-Staaten raten Bürgern von Beitritt in "internationale Legion" ab**
Ende Februar hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij dazu aufgerufen, in die Ukraine zu reisen, um auf individueller, freiwilliger Basis die ukrainischen Streitkräfte im Kampf gegen Russland zu unterstützen. Viele Länder hatten ihren Staatsbürgern daraufhin Straffreiheit garantiert, falls sie entgegen der jeweiligen nationalen Rechtslage einer sogenannten "internationalen Legion" beitreten, um als Söldner an Seite der ukrainischen Armee zu kämpfen.
Mittlerweile raten Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Spanien ihren Staatsbürgern in einer gemeinsamen Erklärung davon ab, als freiwillige Kämpfer in die Ukraine zu reisen. Die Justizminister dieser Länder unterzeichneten nach einem Treffen einen entsprechenden Aufruf: "Wir wollen natürlich Menschen davon abhalten, zu einem Kriegsschauplatz zu reisen", sagte der französische Innenminister Gérald Darmanin nach einem Treffen mit seinen EU-Kollegen in Brüssel. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte Ende Februar die Schaffung einer derartigen Abteilung im Sinne einer Fremdenlegion innerhalb der ukrainischen Streitkräfte für den Kampf gegen den russischen Angriff angekündigt.

10:01 (9:01) ria.ru: **Die Ergebnisse der Untersuchung über Biolabors der Vereinigten Staaten werden an die Führung Russlands übermittelt**

Die Ergebnisse der Untersuchung einer parlamentarischen Kommission zu den US-Biolabors in der Ukraine werden dem russischen Präsidenten und der Regierung übermittelt sowie im Einklang mit dem Gesetz im Internet veröffentlicht, erklärte der stellvertretende Sprecher des Föderationsrates und Ko-Vorsitzende der Kommission, Konstantin Kossatschow, am Dienstag gegenüber RIA Novosti.

„Es ist noch zu früh, um über den Zeitplan und die Schlussfolgerungen zu sprechen. Die Arbeit steht erst am Anfang. Aber alle Kolleginnen und Kollegen sind sich der Bedeutung des parlamentarischen Auftrags bewusst und sind auf eine intensive und produktive Arbeit eingestellt“, sagte der Politiker.

Er erinnerte daran, dass gemäß dem Gesetz „der von den Kammern der Bundesversammlung der Russischen Föderation genehmigte Abschlussbericht von der Kammer, die zuletzt über seine Genehmigung entschieden hat, an den Präsidenten der Russischen Föderation und an die Regierung übermittelt sowie in vorgeschriebener Art und Weise sowie im Internet publiziert wird.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e6/02/19/1775029668_0:183:3072:1911_1280x0_80_0_0_10f7a795ae910ba5eb2798c188aae353.jpg

10:15 (9:15) novorosinform.org: **In der Türkei haben die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine begonnen**

Die ukrainische und die russische Delegation trafen im Dolmahbace-Palast in Istanbul ein. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan begrüßte die Teilnehmer der Gespräche zwischen Russland und der Ukraine, die am Dienstag um 10:00 Uhr (Moskauer Zeit) im Dolmabahçe-Palast in Istanbul begannen, berichtet TASS.

Gemäß dem Protokoll des Treffens werden zunächst trilaterale Kontakte unter Beteiligung der Türkei stattfinden, und dann sollen die Konfliktparteien zur bilateralen Kommunikation übergehen.

Fotos vom Ort der Verhandlungen wurden im Telegram-Kanal "PE Donezk Z" veröffentlicht. Es sei darauf hingewiesen, dass dies die ersten persönlichen Verhandlungen seit dem 7. März sind, die zuvor in Belarus stattgefunden hatten. Während dieser ganzen Zeit arbeiteten die Verhandlungsgruppen ausschließlich im Online-Format.

https://novorosinform.org/content/images/20/41/42041_720x405.jpg

10:46 (9:46) novorosinform.org: **Gazprom wird die Gaslieferungen nach Europa über die Ukraine fortsetzen**
Laut dem offiziellen Vertreter des russischen Unternehmens Sergej Kuprijanow liefert das Unternehmen weiterhin regelmäßig Gas in die EU-Länder über das Territorium der Ukraine.
In einem Gespräch mit Journalisten stellte ein Vertreter von Gazprom fest, dass der Gastransit von Russland nach Europa gemäß den zuvor mit den europäischen Energieverbrauchern vereinbarten Verträgen erfolge.
Am 29. März beliefen sich diese Mengen auf 109,5 Millionen Kubikmeter, was laut Kuprijanow den Transitverträgen über Gaslieferungen durch das ukrainische GTS entspricht.
Er fügte hinzu, dass Gazprom am Montag auch einen Antrag auf 109,5 Millionen Kubikmeter erhalten habe.
Nach Angaben der Agentur TASS haben die europäischen Verbraucher aufgrund von Abkühlung, Windmangel und der instabilen Lage in der Ukraine in letzter Zeit begonnen, mehr Gas zu kaufen.

https://novorosinform.org/content/images/20/43/42043_720x405.jpg

10:53 (9:53) novorosinform.org: **Russische Truppen zerstörten ein strategisches Öldepot in der Region Riwne**
Von dieser Basis wurde Treibstoff für die Kiewer Truppengruppe der Streitkräfte der Ukraine geliefert.
Dank eines hochpräzisen Angriffs von Marschflugkörpern konnte ein großes Öldepot in der Region Riwne zerstört werden. Dies wurde heute im Tagesbericht des offiziellen Vertreters des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow,

bekanntgegeben.
Es wird darauf hingewiesen, dass aus diesem Öldepot Kraftstoff- und Schmiermittelprodukte nach Kiew geliefert wurden, um die Hauptstadtgruppierung der ukrainischen Armee zu versorgen.
Darüber hinaus wird berichtet, dass die operativ-taktische Luftwaffe der Russischen Föderation in der vergangenen Nacht insgesamt 68 ukrainische Militäreinrichtungen zerstört hat, darunter drei unbemannte Luftfahrzeuge im Gebiet der Siedlung Tschernobajewka.

https://novorosinform.org/content/images/20/44/42044_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.3.22 um 10:30 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 250 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.
Unter Beschuss waren die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten, 33, darunter 2 Kinder, wurden verletzt**. 26 Wohnhäuser, 11 zivile Infrastrukturobjekte und 2 Fahrzeuge wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.
In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 55 ukrainische Nationalisten, einen Hubschrauber, 2 Schützenpanzer, eine Feuerposition von 122mm-Haubitzen D-30 und 2 Lastwagen vernichtet. 2 Schützenpanzer, ein Panzerfahrzeug und ein Lager mit Waffen und Munition wurden erbeutet. **8 Soldaten der der 25. Luftlandebrigade und 6 Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.
Ich empfehle allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

10:05 de.rt.com: **Bundeswehr: Immer mehr Anträge auf Kriegsdienstverweigerung**
Laut Angaben der Bundeswehr hat sich die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung seit Beginn der Ereignisse in der Ukraine merklich erhöht.

Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums bestätigte demnach auf Anfrage der Berliner Zeitung, dass sich in einem untypisch kurzen Zeitraum die Zahl entsprechender Anträge auf eine dreistellige Höhe dynamisiert hätte. Laut dem Artikel (Bezahlschranke) teilte die Sprecherin mit:
"Seit Beginn der Kampfhandlungen in der Ukraine am 24. Februar 2022 bis zum 21. März 2022 sind insgesamt 329 KDV (Kriegsdienstverweigerung – Anm. d. Red.) bei den Karrierecentern der Bundeswehr eingegangen."
Laut Angaben des Artikels wurden im Jahr 2019 126, 2020 142 und im Jahr 2021 209 dementsprechende Anträge gestellt. Den Zahlen sei jedoch nicht zu entnehmen, ob es sich um aktive Soldaten oder Reservisten handelte. Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Eva Högl bestätigte schon Mitte März dahingehende Tendenzen. Zu den Beweggründen der Antragsteller erläuterte Högl:
"Vielen wird jetzt klar, dass die Bundeswehr eben nicht vergleichbar ist mit einem Job in einem Büro oder einer Kfz-Werkstatt, wie es die eine oder andere Kampagne in den letzten Jahren suggeriert hat. Sondern, dass es tatsächlich ziemlich ernst ist und man im Zweifelsfall auch mit dem Leben dafür einsteht."
So sind auch die Anfragen bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), eine der letzten verbliebenen Beratungsstellen für Menschen, die den Dienst an der Waffe verweigern wollen, laut einem Artikel der Welt "in den vergangenen Wochen enorm in die Höhe geschnellt". Der Beauftragte für Friedens- und Versöhnungsarbeit bei der Landeskirche Sachsen Michael Zimmermann bestätigt, dass "in normalen Zeiten" lediglich ein bis zwei Anfragen im Monat erfolgt seien. Nun wären es "plötzlich bis zu zehn am Tag" gewesen. Diese sei für die Beratungsstelle "schon ein massiver Anstieg", so der Beauftragte.
In ihrem Falle hätten sich jedoch weniger aktive Berufssoldaten gemeldet, sondern sogenannte Reservisten. Zimmermanns Einschätzung lautet:
"Sie bekommen angesichts des Krieges in der Ukraine Angst, dass die NATO doch eingreifen könnte und sie dann dran wären. Leute, die sogar Oberleutnant der Reserve sind, aber nie mehr von der Bundeswehr gehört haben und sich jetzt sagen: Ein bewaffneter Dienst kommt für mich nicht mehr infrage."
Der Welt-Artikel informiert, wer einen Kriegseinsatz verweigern will, muss einen Antrag bei dem zuständigen Karrierecenter der Bundeswehr stellen – früher als Kreiswehrersatzamt bekannt. "Dieses Verfahren gilt gleichermaßen für Reservistinnen und Reservisten, Soldatinnen und Soldaten sowie Ungediente", so eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums gegenüber der Welt.
Für aktive Zeit- oder Berufssoldaten sei es jedoch laut Aussagen eines Anwalts "extrem schwer, den Kriegsdienst zu verweigern". Fast jeder Antrag würde "zunächst einmal vom Bundesamt reflexhaft abgelehnt – egal, welche Begründung jemand vorgelegt hat", so der Spezialist für Wehrrecht. Der Anwalt hätte nichtsdestotrotz laut dem Artikel in den letzten vier Wochen "so viele Anträge gestellt wie normalerweise in einem Jahr". Geschäftsführer Wolfgang M. Burggraf von der EAK wird in der Berliner Zeitung mit der Einschätzung zitiert:
"Plötzlich erscheint ein Krieg auch auf deutschem Territorium wieder möglich, es wird über eine enorme Aufrüstung der Bundeswehr gesprochen, auch die Wiedereinführung der Einberufung zur Wehrpflicht wird immer wieder diskutiert. Das sorgt dann auch dafür, dass die Frage nach einer Verweigerung des Dienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen für immer mehr deutsche Bürgerinnen und Bürger zu einer relevanten Frage wird."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242a16448fbef6cf5760d0a.jpg

10:15 de.rt.com: **USA verlegen weitere 240 Soldaten und sechs Kampfjets zur Radar-Abwehr nach Deutschland**
Im Zuge des Ukraine-Krieges haben die Vereinigten Staaten die Verlegung von sechs Flugzeugen zur elektronischen Kampfführung nach Deutschland angekündigt. Die für die elektronische Kampfführung ausgerüsteten Jets vom Typ "Boeing EA-18 Growler", sollen auf dem US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Spangdahlem stationiert werden, erklärte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, am Montag.
Zusammen mit den Kampfjets würden auch rund 240 US-Soldaten verlegt werden, darunter Techniker und Piloten, die noch am Montag in Deutschland ankommen sollen. Kirby erklärte, dass die Kampfflugzeuge unter anderem dafür ausgelegt seien, die Luftabwehr eines feindlichen Staats auszuschalten. Die spezielle Elektronik der Jets könne feindliches Radar in die Irre führen, ergänzte er.
Der Pentagon-Sprecher betonte, die Maschinen sollten "nicht gegen die russischen Streitkräfte in der Ukraine eingesetzt" werden, sondern nur die "Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten der NATO" stärken sowie der Stärkung der NATO-Ostflanke dienen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6242bf0348fbef39942181ed.jpeg

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 29.03.2022**

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz hat der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Militärtechnik erlitten:
80 Mann;
3 Panzer;
10 Schützenpanzerwagen.
Trotz der Niederlage an der Front setzt der Gegner den Terror gegen die friedliche Bevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Gebiet von **Molotschnoje** mit Panzerwaffen beschossen.
Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Feuerstellungen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**
Die Volksmiliz evakuiert weiter Zivilistn aus Rubeshnoje und liefert humanitäre Hilfe an bedürftige Zivilisten in den frontnahen und befreiten Ortschaften der Republik.

11:04 de.rt.com: **Bank von Russland erklärt Aufbewahrung ihrer Reserven im Ausland**
Russlands Devisenreserven mussten im Ausland aufbewahrt werden, und es hätte nichts getan werden können, um das Einfrieren der US-Dollar- und Euro-Vermögenswerte des Landes zu vermeiden. Das erklärt die russische Zentralbank auf ihrer Website.
Anfang dieses Monats wurde fast die Hälfte der russischen Devisenreserven im Wert von 300 Milliarden US-Dollar im Rahmen der Sanktionen beschlagnahmt, die die USA, die EU und ihre Verbündeten wegen Moskaus Militäroperation in der Ukraine verhängt hatten.
Gold- und Devisenreserven im Land zu behalten wäre so, als hätte man gar keine Reserven, da diese Vermögenswerte die Wirtschaft vor externen Krisen schützen, erklärte die Zentralbank Russlands.
Es gebe zwei Arten von Finanzkrisen: "Traditionelle", wie sie die Welt in den Jahren 2008, 2014 und 2020 erlebt habe, und geopolitische, mit der Moskau derzeit konfrontiert sei.
Bei einer traditionellen Krise würden die US-Dollar- und Euro-Reserven dem Land helfen, seine Schulden zu begleichen und den Handel aufrechtzuerhalten, weshalb nichts habe getan werden könne, um ein Einfrieren der Vermögenswerte zu verhindern. Weiter hieß es in der Erklärung:
"Bargeldlose Währungen sind immer auf Korrespondenzkonten bei ausländischen Banken verbucht und können daher eingefroren werden."
Während einer geopolitischen Krise benötige Russland alternative Vermögenswerte wie Gold und den chinesischen Yuan, die gegen westliche Sanktionen immun sind. Das Land habe diese Werte in den vergangenen Jahren angehäuft und machten jetzt fast die Hälfte seiner Währungsreserven aus, so die Zentralbank.
Dennoch setzt die Freigabe der russischen Yuan-Reserven Peking unter Druck, wie das russische Finanzministerium Anfang des Monats feststellte. Der Westen habe China unter Druck gesetzt, um den Zugang Russlands zu diesen Reserven zu beschränken. Das gesamte Gold des Landes werde jedoch im Inland aufbewahrt.
Nach Angaben des russischen Finanzministeriums verfügt Russland über Reserven in einem Wert von insgesamt etwa 640 Milliarden US-Dollar. Rund 300 Milliarden US-Dollar seien eingefroren worden. Moskau habe eine solche Entwicklung nicht vorhersehen können und das Einfrieren stelle im Grunde einen Diebstahl dar, betonte der russische Außenminister Sergei Lawrow vergangene Woche.
Nachdem seine US-Dollar- und Euro-Reserven eingefroren worden waren, ergriff Moskau Maßnahmen, die die Zentralbank als Vergeltungsmaßnahmen bezeichnete. Unter anderem wurde der Kapitalverkehr eingeschränkt, der Verkauf von Wertpapieren durch ausländische

Investoren wurde verboten, ebenso wie der Abzug von Geldern aus dem russischen Finanzsystem. Im Wesentlichen, so die Zentralbank, hindere sie "unfreundliche Länder" daran, Gelder aus Russland in einer Höhe zu erhalten, die mit den eingefrorenen russischen Vermögenswerten vergleichbar sei.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242c08148fbef1073125a5e.jpg

11:48 de.rt.com: **Zweifel an Medienberichten: Giftanschlag auf Abramowitsch und Mitglieder der Friedensdelegation?**

Teilnehmer der Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine sollen nach einem Treffen Vergiftungssymptome entwickelt haben, berichtet das Wall Street Journal unter Berufung auf "Quellen". Ein Verhandlungsteilnehmer sprach unter Bezug auf den Bericht von einem "Informationskrieg".

Drei Teilnehmer der russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen sollen Anfang des Monats vergiftungsähnliche Symptome verspürt haben, schrieb die US-Zeitung Wall Street Journal am Montag. Eines der Opfer soll der russische Geschäftsmann Roman Abramowitsch gewesen sein. Auch die für ihre guten Geheimdienstverbindungen bekannte Plattform Bellingcat berichtete darüber.

Demnach soll sich der 55-jährige Geschäftsmann am 3. März in Kiew mit Rustem Umerow getroffen haben, einem Mitglied der Werchowna Rada, der ebenso an den Friedensverhandlungen mit Russland beteiligt war. Nach dem Treffen sollen die Teilnehmer über Augenschmerzen und eine Hautentzündung geklagt haben. Die Symptome hielten bis zum nächsten Morgen an. Abramowitsch soll kurzzeitig sein Sehvermögen verloren haben.

Den Journalisten zufolge sollen die Symptome wahrscheinlich durch eine Vergiftung mit einem chemischen Giftstoff verursacht worden sein, der nicht genau festgestellt werden kann. Laut Bellingcat hatten alle drei Opfer vor dem Auftreten der Symptome nur Wasser und Schokolade konsumiert. Ein viertes Mitglied der Delegation soll dasselbe gegessen, aber keine derartigen Symptome entwickelt haben.

Die Quellen des Wall Street Journal vermuten, dass die Vergiftung in Moskau inszeniert worden sei, um die Friedensverhandlungen zu stören. Eine Bestätigung dafür gibt es nicht. Der US-Geheimdienst steht den Berichten skeptisch gegenüber und vermutet, dass die Symptome eher auf Umweltfaktoren zurückzuführen sein könnten, berichtete Reuters unter Berufung auf einen US-Regierungsbeamten. "Der Geheimdienst weist darauf hin, dass es sich um eine Umweltvergiftung handelte", sagte der Beamte, der anonym bleiben wollte, ohne näher darauf einzugehen.

Auch der ukrainische Präsidentenberater Michail Podoljak, der an den Gesprächen beteiligt ist, sagte zu Reuters, dass es diesbezüglich viele Spekulationen und Verschwörungstheorien gebe. Der als Opfer erwähnte Rustem Umerow schrieb, dass mit ihm alles in Ordnung sei:

"Mir geht es gut. Dies ist meine Antwort auf all die Klatsch-Nachrichten, die sich verbreiten. Bitte vertrauen Sie keiner nicht verifizierten Information. Auch bei uns läuft ein Informationskrieg".
Abramowitsch selbst äußerte sich noch nicht zu den Berichten. Der russische Ölmagnat, der bislang in Großbritannien lebte und den Fußballklub Chelsea besaß, soll als Vermittler zwischen dem Kreml und Kiew an der Lösung des Ukraine-Konflikts beteiligt sein. Er ist auch – bei offensichtlich guter Gesundheit – zu den Friedensgesprächen nach Istanbul am heutigen Dienstag gereist.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242c46648fbef11d3154bab.jpg

12:48 (11:48) ria.ru: **Die GUS-Staaten verstehen Russlands Position zur Ukraine - Matwijenko**
Die GUS-Staaten sympathisieren mit der Position der Russischen Föderation zur Ukraine, sagte die Sprecherin des Föderationsrates Valentina Matwijenko.
„Die GUS-Länder wissen besser als alle anderen, wie es zu diesem Konflikt kam und was mit der Ukraine geschah. Versuche, unser Gemeinwesen zu zerschlagen und unerwünschte Regime zu ersetzen, wurden nicht zum ersten Mal unternommen“, sagte Matwijenko gegenüber Reportern.
Ihrer Meinung nach zeigten die Geschehnisse in der Ukraine die Folgen all dessen. „Es gab Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten von Belarus einzumischen, und Versuche, die Souveränität dieses Staates zu zerstören. Im Januar haben wir die Ereignisse in Kasachstan miterlebt“, sagte die Parlamentarierin.
„Sie sind sich dessen bewusst und haben Verständnis für die Position Russlands“, sagte Matwijenko und fügte hinzu, dass die Sicherheit vereinheitlicht werden müsse.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e5/09/1d/1752268909_0:0:2627:1478_600x0_80_0_0_27aebf9750bbd94feda3524e73ce565a.jpg

11:52 de.rt.com: **Geplantes Sicherheitsabkommen mit den Salomonen: Australien wirft China Einschüchterungsversuch vor**

Der stellvertretende australische Premierminister Barnaby Joyce hat die Bemühungen Chinas zum geplanten Sicherheitsabkommen mit den Salomonen verurteilt. Peking wolle Australien mit dem in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Entwurf einschüchtern.

Am vergangenen Donnerstag tauchten in den sozialen Medien Informationen über ein vorgeschlagenes Abkommen zwischen China und den Salomonen auf, das es Peking erlauben würde, militärische Kontingente auf das Territorium des aus Hunderten von Inseln bestehenden Staates zu entsenden, um "die Sicherheit des chinesischen Personals und wichtiger Projekte zu schützen". Der stellvertretende australische Premierminister Barnaby Joyce bezeichnete diese Entwicklung als ein Versuch Pekings, Australien einzuschüchtern. Er erklärte:

"Wir engagieren uns, weil wir nicht blind für die Taktiken anderer Leute sind, die versuchen, unsere Bewegungsfreiheit einzuschränken und uns einzuschüchtern."

Er fügte hinzu, dass "der Premierminister und die nationalen Sicherheitskräfte nicht dumm" seien.

Unter Verweis auf Chinas Expansionsbestrebungen in der Region erklärte der Vize-Regierungschef, dass dies ein Beweis dafür sei, warum Australien seine militärische Stärke und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit ausbauen müsse, um "so schnell wie möglich, so stark wie möglich zu werden". Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern mischte sich in die Debatte über eine mögliche Militarisierung des Pazifiks ein und erklärte, dass es "im Hinblick auf die Sicherheit im Pazifik kaum einen Grund für eine solche Notwendigkeit und eine solche Präsenz" gebe. Sie bezeichnete die mögliche Präsenz des chinesischen Militärs auf den Salomonen als "äußerst besorgniserregend".

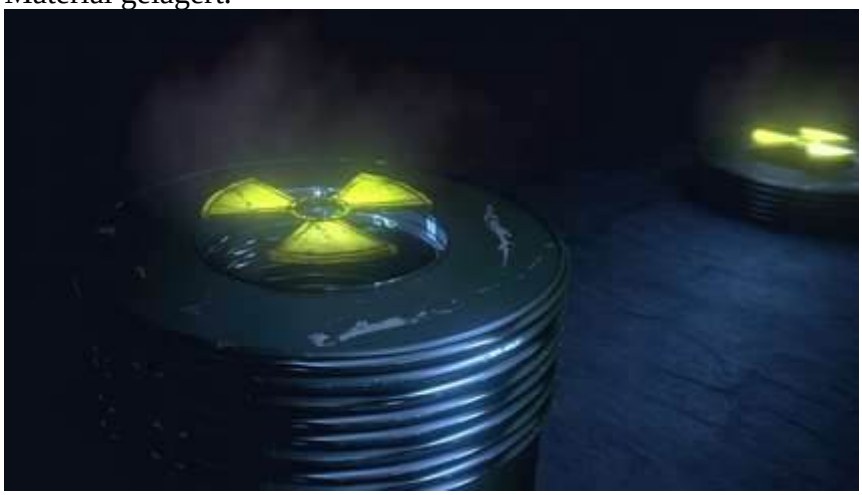
Der australische Hochkommissar Lachlan Strahan erklärte am Montag, dass die Regierung des Landes "ihre Bedenken" gegenüber den Salomonen "bezüglich des vorgeschlagenen Abkommens über die Sicherheitskooperation zwischen den Salomonen und China" geäußert habe. Der australische Premierminister Scott Morrison will sich am Montag mit seinen Amtskollegen in Papua-Neuguinea und Fidschi treffen und über das Abkommen zwischen den Salomonen und China sprechen. Morrison hatte das Abkommen als "ein Problem für die Region" bezeichnet.

Matthew Wale, der Oppositionsführer im Parlament der Salomonen, hat die Kritik Australiens infrage gestellt und behauptet, er habe Canberra im vergangenen Jahr gewarnt, dass China über einen Militärpakt verhandle, der dazu führen könne, dass Pekings Truppen im pazifischen Inselstaat stationiert würden. Der Politiker hob hervor, dass er über die Untätigkeit Australiens "extrem enttäuscht" gewesen sei.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242cb4bb480cc17cb4825b6.jpg

nachmittags:

12:20 de.rt.com: **IAEA: Ukraine meldet keine Schäden an Nuklearmaterial in Charkow**
Bei neuerlichem Beschuss hat eine kerntechnische Forschungseinrichtung in der ostukrainischen Stadt Charkow Schaden erlitten, die dort vorhandene geringe Menge an Nuklearmaterial aber blieb unbeschädigt. Das teilte der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Grossi am Montagabend unter Berufung auf Informationen der ukrainischen Atomaufsichtsbehörde mit.
Von der IAEA hieß es weiter, laut Kiew seien das Gebäude, die Wärmedämmung und die Versuchshalle beschädigt worden, aber nicht die radioaktives Material enthaltende Neutronenquelle, die zur Erzeugung von Neutronen für die Forschung und Isotopenproduktion verwendet wird. Demnach erfolgte der Beschuss bereits am Samstag. Das Gebäude war bereits vor rund drei Wochen bei einer Bombardierung beschädigt und von der Energieversorgung abgeschnitten worden.
Die "Neutronenquelle" ist in der Datenbank für Forschungsreaktoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gelistet. Nach Angaben der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln handelt es sich jedoch nicht um einen klassischen Reaktor. Auch früheren Mitteilungen der IAEA zufolge gab es in der Forschungsanlage keine fortwährende nukleare Kettenreaktion. Dort seien nur sehr geringe Mengen an radioaktivem Material gelagert.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6242c33db480cc1906327e25.jpg

13:50 (12:50) novorosinform.org: **Peskow sagte, es gebe keine Daten über das Verschwinden von Journalisten in der Ukraine**
Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, Moskau habe keine Informationen über Fälle, in denen Journalisten auf dem von russischen Truppen kontrollierten Territorium der Ukraine verschwunden seien.
Er kommentierte damit Aussagen westlicher Medien, insbesondere des amerikanischen Senders CNN, über das Verschwinden von Pressemitarbeitern auf dem Territorium der Ukraine, wo eine russische Spezialoperation durchgeführt wird, und stellte fest, dass der Kreml keine Informationen über das Verschwinden von Journalisten, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder die Verhaftung lokaler Beamter erhalten habe.
„Niemand hat sich bei uns gemeldet, wir haben solche Informationen nicht“, zitierte die Nachrichtenagentur TASS Peskow.
Wenn ein solcher Bedarf besteht, sollten solche Beschwerden seiner Meinung nach einzeln geprüft werden, wobei „jeder spezifische Name, Nachname“ anzugeben ist.
Der Pressesprecher des russischen Präsidenten fügte hinzu, dass er sich noch nicht mit dem

Material vertraut gemacht habe, nach dem ihn die Journalisten gefragt hatten, aber er bezweifle, dass CNN eine "objektive Informationsquelle" sei, da man ihre einseitige Darstellung sehe.

https://novorosinform.org/content/images/20/65/42065_720x405.jpg

12:50 de.rt.com: **Negev-Gipfel: Israel und arabische Staaten bauen "Mini-NATO" zur Abschreckung Irans auf**

Die Außenminister vier arabischer Staaten kamen am Montag bei einem Gipfeltreffen in Israel mit ihrem Amtskollegen Jair Lapid und US-Außenminister Antony Blinken zusammen. Ein Anschlag von israelischen Arabern überschattete den Negev-Gipfel. Dabei wurden zwei israelische Polizisten getötet.

Die Außenminister vier arabischer Staaten kamen am Montag bei einem Gipfeltreffen in Israel mit ihrem Amtskollegen Jair Lapid und US-Außenminister Antony Blinken zusammen. An der Begegnung im Wüstenort Sde Boker im Süden des Landes waren die Repräsentanten Ägyptens, der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrains und Marokkos beteiligt. Allerdings fehlte der Vertreter aus Jordanien in der Runde. Der Ort des Treffens war voller Symbolik. In Sde Boker in der Negev-Wüste liegt David Ben Gurion begraben, Israels zionistischer Staatsgründer und langjähriger Ministerpräsident.

Insbesondere mit Blick auf Iran wollen Israel und verbündete arabische Staaten gemeinsam mit den USA ihre Zusammenarbeit ausbauen. Dazu wollen sie sich künftig regelmäßig auf hoher Ebene treffen, sagte der israelische Außenminister Jair Lapid am Montag zum Auftakt des Gipfeltreffens.

Die US-Amerikaner ziehen sich schon länger aus dem Nahen Osten zurück, wobei es mittlerweile zwischen den Emiraten und den USA Verwerfungen nach den jüngsten Huthi-Angriffen auf die VAE gibt. Auf dem Negev-Gipfel versuchten die anwesenden Außenminister aus den arabischen Staaten und Israel, der US-Regierung die klare Botschaft zu vermitteln, dass sie auf verbale Garantien der USA nicht viel geben. Aus diesem Grund bemüht sich der israelische Außenminister Lapid, "eine regionale Sicherheitsarchitektur" zu schaffen.

In erster Linie sollte das Gipfeltreffen in der Negev-Wüste eine deutliche Botschaft an Iran senden. Israel hat sich längst zum Ziel gesetzt, ein militärisches Netz zur Abschreckung Irans aufbauen. Laut Jpost-Informationen sprach der bahrainische Außenminister Abdullatif Al Zayani, dessen Land die fünfte Flotte der US-Marine beherbergt, hinter verschlossenen Türen über den Aufbau einer "Mini-NATO" von Ländern, die vor ähnlichen Sicherheitsherausforderungen stehen. Er war auch der einzige arabische Außenminister, der in seinen öffentlichen Äußerungen ausdrücklich die "Bedrohungen" durch Iran und dessen Stellvertreter wie die Huthis und die Hisbollah erwähnte. Die Rede ist dabei zudem von einem Abwehrsystem, das auf israelischer Technologie basiert und weitflächig in der Region so

verteilt werden soll, dass mögliche Angriffe seitens Iran und dessen Stellvertreter rechtzeitig erkannt und abgefangen werden könnten.
Der israelische Ministerpräsident Naftali Bennett wiederholte am Sonntag auch seine Ablehnung eines neuen Atomdeals mit Iran. Die ihm zufolge "moderaten" arabischen Staaten teilen "Israels Besorgnis", was Teheran betrifft. Die USA wollen das Atomabkommen möglichst bald wiederbeleben, um damit unter anderem aufgrund der steigenden Ölpreise im Zuge des Ukraine-Krieges iranisches Öl auf den Markt zu bringen. Kamal Charrazi, ein enger Berater von Irans Staatsoberhaupt Ali Chamenei, hatte zuvor am Sonntag auf dem Doha-Forum in der katarischen Hauptstadt gesagt, ein Atomdeal stehe unmittelbar bevor. "Es hängt am politischen Willen der USA", fügte er hinzu. Unter anderem geht es um die entscheidende Frage, ob die US-Amerikaner die Einstufung der Iranischen Revolutionsgarde als "Terrororganisation" vom Jahr 2019 rückgängig machen.
Alle arabischen Außenminister unterstützten Lapid, als er sich dagegen aussprach, dass die USA die Iranische Revolutionsgarde von der schwarzen Liste streichen. Blinken sagte seinen Amtskollegen, dass der Schritt noch nicht endgültig sei und dass es noch unklar sei, ob es eine Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran von 2015 geben werde.
Bei dem Treffen, das am Montag begann, dürften die Palästinenser keine große Rolle spielen. Ein Anschlag in Israel überschattete das Negev-Treffen: Am späten Sonntagabend hatten drei Bewaffnete in Hadera um sich zu schießen begonnen. Es gab zwei Tote und vier Verletzte. Die Täter waren Cousins aus der Stadt Umm al-Fahm, also palästinensische Israelis. Israelische Beamten teilten mit, dass die Täter der IS-Terrorgruppe nahestünden, obwohl der IS in der palästinensischen Bevölkerung Israels nicht stark verankert ist. Haaretz kommentierte auch am Montag, dass die Beweise, wonach es sich bei den drei Tätern um ISIS-Agenten handelte, "etwas schwach" seien. Nach dem Anschlag in Hadera sagte der arabischstämmige Knesset-Abgeordnete Mansour Abbas, die Tat sei nicht repräsentativ für die arabisch-israelische Gesellschaft. Die islamische Organisation Hamas in Gaza pries den Anschlag in Hadera hingegen als "heroische Operation".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242b64848fbef6bc334a5f2.jpg

13:00 de.rt.com: **Russische Vertretung zum Ruf des UN-Sekretariats nach Feuerpause in Ukraine: Humanitäre Bemühungen sind Geisel westlicher Ambitionen**
Die russische Vertretung bei der UNO veröffentlichte eine Antwort zum Aufruf des Sekretariats für eine Feuerpause zwecks sicherer Durchführung von humanitären Operationen. Russland brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass der UN-Generalsekretär António Guterres nicht die Aktionen jener Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrates verurteilte, welche die Bemühungen der russischen Seite zur Schaffung von Bedingungen für die Arbeit der humanitären Helfer vor Ort torpediert hätten. Russland verwies in diesem Zusammenhang nochmals auf den eigenen Entwurf einer humanitären Resolution.

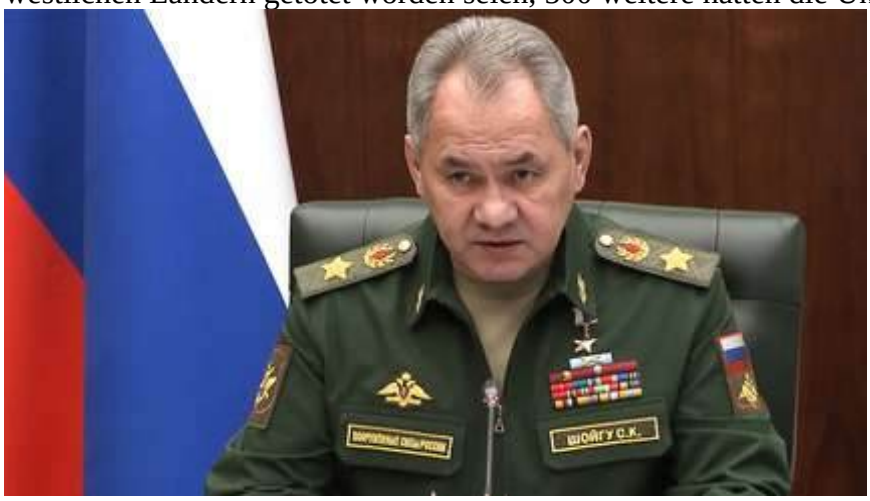
Die humanitären Bemühungen würden zu Geiseln der "geopolitischen Ambitionen der westlichen Kuratoren Kiews", so die russische UN-Mission. Russland versicherte schließlich, dass die humanitäre Korridore offen seien und die russischen Streitkräfte allen, die das wollten, eine sichere Evakuierung garantieren würden.

14:04 (13:04) novorosinform.org: **Der Kreml betonte die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Russland und den Vereinigten Staaten**
Laut dem Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, haben Beleidigungen des Präsidenten des Weißen Hauses, Joseph Biden, gegen den russischen Staatschef Wladimir Putin negative Folgen für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern.
Gleichzeitig hält der Kreml-Vertreter es für wichtig, den Dialog zwischen ihnen fortzusetzen. Er erklärte bei einem Treffen mit Journalisten, dass dies in erster Linie im Interesse der Friedensstiftung zwischen Russland und dem Westen sei.
Peskow fügte hinzu, dass eine Spur persönlicher Beleidigungen zwischen den Staatsführern zurückbleiben werde. Ihm zufolge habe dergleichen in der Rhetorik eines Staatsoberhauptes überhaupt keinen Platz.
"Das ist natürlich ein Faktor, der sich negativ auswirkt", zitierte die Nachrichtenagentur TASS Peskow.
Der Kremlsprecher fügte hinzu, dass sich die Parteien trotz der aktuellen Situation in den Beziehungen früher oder später an den Verhandlungstisch setzen und über strategische Sicherheit und Stabilität sprechen müssten.
„Das heißt, über die Themen, die nur wir diskutieren können und sollten“, betonte Peskow.

14:06 (13:06) rusvesna.su: **Die Ukraine beschoss die Region Kursk, der Angreifer wurde durch Gegenfeuer zerstört**
Der Gouverneur der Region Kursk Roman Starowoit berichtete, dass am Morgen des 29. März ein Kontrollpunkt im Dorf Tetkino von der Ukraine aus beschossen worden sei.
Das Feuer wurde von Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet, sagte er.
„Der Schusspunkt wurde durch das Gegenfeuer unserer Soldaten unterdrückt. Es gab keine Verluste oder Zerstörungen.
Bitte keine Panik, die Situation ist unter Kontrolle“, betonte Starowoit.

13:56 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister: Befreiung des Donbass derzeit Hauptziel des Militäreinsatzes**
Die ukrainische Armee habe erhebliche Verluste erlitten, sagte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bei einer Dienstberatung am Dienstag. Die Hauptziele des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine seien erreicht, nun wolle man sich auf die Befreiung des Donbass konzentrieren.
Die Hauptziele der ersten Phase der Militäroperation seien im Wesentlichen abgeschlossen und die ukrainische Armee habe erheblichen Schaden erlitten, erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Dienstag. Die Luftwaffe und die Seestreitkräfte der Ukraine seien fast vollständig zerstört. Der Hauptfokus liege nun auf der Befreiung des Donbass. Gleichzeitig sagte der Minister allerdings, dass der Einsatz fortgeführt werde, "bis alle festgelegten Ziele erreicht sind".
Er versicherte zudem, dass angehende Soldaten, die in diesem Frühjahr zum Militärdienst einberufen werden, nicht in Konfliktgebiete entsandt würden.
Die westlichen Lieferungen tödlicher Waffen an die Ukraine bezeichnete Schoigu als unverantwortlich. Deren unkontrollierte Verteilung könne eine Gefahr für europäische Staaten darstellen. So seien zwei ukrainische Minen im Schwarzen Meer vor der rumänischen Küste und dem Bosporus aufgetaucht. Falls die NATO beschließe, Kampfflugzeuge und

Luftverteidigungssysteme in die Ukraine zu liefern, werde Russland "angemessen reagieren". Vergangene Woche hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die NATO aufgefordert, aus ihren Beständen jeden hundertsten Panzer und jedes hundertste Flugzeug in die Ukraine zu schicken. Falls die "Partner" dem Land nicht mit Flugzeugen und Panzern helfen würden, bestehe ein hohes Risiko, dass die russische Armee nicht nur eine Gefahr für die Ukraine, sondern auch eine allgemeine militärische Bedrohung darstellen könne.
Schoigu teilte außerdem mit, dass in den vergangenen Wochen 600 Freischärler aus westlichen Ländern getötet worden seien, 500 weitere hätten die Ukraine seitdem verlassen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242dbbd48fbef1073125a9f.jpg

14:03 de.rt.com: **Fortschritt nach Verhandlungen: "Russland ist der Ukraine zwei Schritte entgegengekommen"**
In Istanbul hat am Dienstag die nächste Runde der russisch-ukrainische Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen Friedensschluss stattgefunden. Dabei sollen nach übereinstimmenden Angaben beider Delegationen Fortschritte erzielt worden sein. Russland kündigte als vertrauensbildende Maßnahme an, die militärischen Aktivitäten um Kiew deutlich zu reduzieren.
Der russische Unterhändler bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine in Istanbul, Wladimir Medinski, hat nach der neuesten Verhandlungsrunde am Dienstag erklärt, dass sie konstruktiv verlaufen sei und die schriftlichen ukrainischen Vorschläge nun dem russischen Präsidenten Putin zur Entscheidung vorgelegt werden. Er sagte weiter, dass Russland der Ukraine "zwei Schritte" entgegengekommen sei.
Zu den Vorschlägen der Ukraine gehört laut Medinski ein Verbot ausländischer Militärstützpunkte und Truppen auf dem ukrainischen Staatsgebiet.
Zum weiteren Vorgehen sagte Medinski, dass zuerst der Vertragsentwurf von den Unterhändlern ausgearbeitet würde. Danach war vorgesehen, dass der Friedensvertrag von den Außenministern beider Länder bei einem persönlichen Treffen paraphiert wird. Im dritten Schritt würde der Vertrag dann bei einem Gipfeltreffen der Präsidenten beider Länder unterzeichnet werden. Die russische Delegation habe nun vorgeschlagen, die Paraphierung und die Unterzeichnung zusammenzulegen, was den Friedensschluss beschleunigt, so Medinski.
Der stellvertretende Verteidigungsminister Russlands Fomin erklärte nach der heutigen Verhandlungsrunde in Istanbul:
"Unter Berücksichtigung der Grundsätze des russischen Verteidigungsministeriums, die heute erörtert wurden, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken und die notwendigen Voraussetzungen für weitere Verhandlungen zu schaffen und das Endziel der Vereinbarung und Unterzeichnung des oben genannten Abkommens zu erreichen, wurde beschlossen, die militärischen Aktivitäten in Richtung Kiew und Tschernigow zeitweise drastisch zu

reduzieren. Wir gehen davon aus, dass die grundlegenden Entscheidungen in Kiew getroffen werden und die Voraussetzungen für die weitere Arbeit geschaffen werden sollen. Der Generalstab der russischen Streitkräfte wird nach der Rückkehr unserer Delegation nach Moskau weitere Einzelheiten bekannt geben".
Der Leiter der ukrainischen Delegation bei den Verhandlungen, Dawid Arachamija, erklärte seinerseits, die Ukraine habe bei den Verhandlungen ein neues System von Sicherheitsgarantien vorgeschlagen.
Unter den Garanten sieht die Ukraine die Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates (Frankreich, USA, Großbritannien, China und Russland) sowie die Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel und möglicherweise weitere. Alle diese Maßnahmen sollen nach dem Vorschlag der Ukraine den Beitritt der Ukraine zur EU erleichtern. Gleichzeitig werden die Bürgen nicht für die seit dem 24. Februar vorübergehend unkontrollierten Gebiete im Donbass und auf der Krim garantieren, da die Probleme mit diesen Gebieten noch nicht gelöst sind:
"Einige Länder haben bereits eine vorläufige Genehmigung erteilt. Das ist das System, auf dem wir eine neue Zukunft für die Ukraine aufbauen wollen. Außerdem sollten diese Bürgen der Ukraine dabei helfen, der EU beizutreten".
Ein anderes Mitglied der ukrainischen Delegation erklärte, dass sich die Ukraine in der Frage der Krim-Zugehörigkeit vorstelle, die Lösung um 15 Jahre zu vertagen. In diesen 15 Jahren sollen gesonderte Verhandlungen über den Status der Krim geführt werden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242fe1348fbef11032413a3.jpg

14:20 de.rt.com: **Peskow: Russlands Bedingungen für Gas- und Öllieferungen sollen bis Donnerstag feststehen**
Russland hat angekündigt, seine Bedingungen für zukünftige Gas- und Öllieferungen bis Donnerstag festzulegen. "Unternehmen sollten die veränderten Rahmenbedingungen und die total neue Lage in Rechnung haben, die durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland entstanden ist", sagte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Dienstag mit Blick auf die vom Westen verhängten Sanktionen.
Erneut bekräftigte er die bereits zuvor geäußerte Forderung Russlands, dass ausländische Käufer der fossilen Brennstoffe, diese zukünftig in Rubel zahlen müssten. Russland werde sein Gas nicht umsonst exportieren, mahnte Peskow.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6242f811b480cc16d44038e8.jpg

14:40 de.rt.com: **Boykottkampagne gegen Unternehmen mit russischer Beteiligung**
Die Ukraine hat eine Kampagne gegen Unternehmen gestartet, unter deren Eigentümern solche mit russischem oder belarussischem Kapital sind. Der Wirtschaftsinformationsdienst youcontrol.com.ua hat errechnet, dass Russen oder Weißrussen an 17.000 Unternehmen in der Ukraine beteiligt sind. Dazu hat der Dienst alle juristischen Personen gezählt, die mindestens einen Gesellschafter aus einem der beiden Nachbarländer haben. Die Liste ist auf der Seite der Nachrichtenplattform Obozrevatel verfügbar.
Die Publizistin Miroslawa Berdnik kommentiert das eher sarkastisch:
"Sollte die Kampagne erfolgreich sein, besteht die Gefahr, dass die Ukraine ohne Babynahrung, ohne eine Reihe von Arzneimitteln und medizinischen Produkten, ohne MAZ-LKWs und Motoren, Eisenbahn- und U-Bahn-Waggons, Benzin und Ölprodukte dasteht. Aber Prinzipien sind wichtiger."

dan-news.info: **Das Reservoir, das Donezk mit Wasser versorgt, ist praktisch leer, die Vorräte werden beim jetzigen Zeitplan für wenig mehr als einen Monat reichen**. Dies teilte heute der Zivilschutzminister der DVR Alexej Kostrubizkij mit.
„Die Situation mit der Wasserversorgung in der Republik ist schwierig, es wurde beschlossen auf einen eingeschränkten Zeitplan für die Wasserversorgung überzugehen. In Donezk wird es in 48 Stunden zwei Stunden Wasser geben, bei diesem Vorgehen reichen die Vorräte für 35-40 Tage, andernfalls würden die Vorräte für zwei Wochen reichen. In dieser Zeit planen wir Wasserleitungen zu bauen, um Wasser aus alternativen Quellen zu erhalten“, sagte Konstrubizkij.
Er fügte hinzu, dass der Kanal Sewerskij Donez – Donbass durch die Schuld der ukrainischen Seite keine Stromversorgung hat und die Spezialisten der DVR keine Möglichkeit haben, mit der Beseitigung dieser Störung zu beginnen.
Die Probleme mit dem Wasser begannen in der DVR nach Beschüssen von Schlüsselobjekten der Wasserversorgung. Im Zusammenhang damit wurde die zentrale Wasserversorgung in den Ortschaften der Republik entweder vollständig eingestellt oder es erfolgt eine Wasserversorgung nach einem Zeitplan. Beispielsweise funktioniert die zentrale Wasserversorgung in Donezk alle zwei Tage von 19:00 bis 21:00 und in Makejewka einmal in drei Tagen von 18:00 bis 21:00. Außerhalb dieser Zeiten kann Wasser an Ausgabestellen erhalten werden.

15:00 de.rt.com: **Drei Tote bei Raketenangriff auf Verwaltungsgebäude in Nikolajew**
In der südukrainischen Großstadt Nikolajew ist am Dienstag das Gebäude der Gebietsverwaltung mutmaßlich mit einer Rakete der russischen Armee angegriffen worden. Dabei wurden nach Angaben des ukrainischen Zivilschutzes drei Menschen getötet und mindestens 22 weitere verletzt.
Das Gebäude ist der Sitz des Gouverneurs Witali Kim, der sich in den letzten Wochen in der Ukraine als Blogger und mit populistischen Reden einen Namen machte. Den Angriff kommentierte er auf Telegram:
"Sie haben mein Arbeitszimmer getroffen, die Bastarde".
Er zeigte ein Foto mit einem riesigen Loch und Trümmern im Verwaltungsgebäude sowie den Mitschnitt einer Überwachungskamera mit der mutmaßlichen Rakete. 50 bis 100 Mitarbeiter hätten sich retten können, erklärte Kim.
Weitere Raketenangriffe wurden auf Objekte bei Nikopol und Pawlograd im Gebiet Dnjepropetrowsk gemeldet. Zuletzt meldete die ukrainische Armee erfolgreiche Gegenangriffe. Dazu lagen keine unabhängigen Angaben vor, jedoch geben auch prorussische Blogger an, dass sich die russische Armee von den Städten Sumy, Nikolajew und Achtyrka zurückgezogen habe, was mit einer Konzentration der militärischen Aktivitäten im Donbass und einer Verlegung von Verbänden dorthin erklärt wird.
Eine durch Kim vor Tagen angekündigte Gegenoffensive zur Befreiung der Stadt Cherson scheint jedoch von russischen Verbänden aufgehalten worden zu sein.

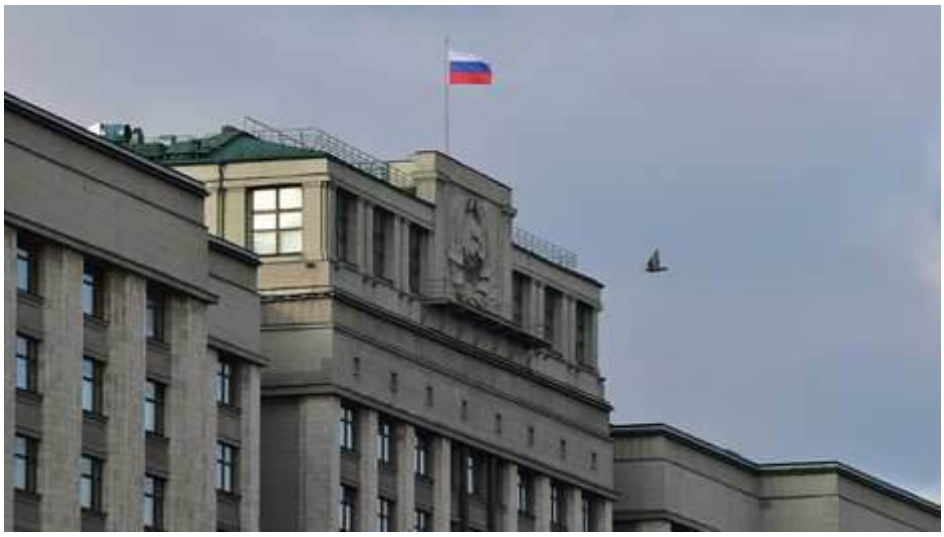
15:20 de.rt.com: **Ukrainische Delegation äußert sich nach Verhandlungen in Istanbul zu Neutralität und Sicherheitsgarantien**
In einer Erklärung nach dem Abschluss der Verhandlungsrunde in Istanbul hat die ukrainische Seite mitgeteilt, Kiew habe bei den Gesprächen seine Forderungen nach den Sicherheitsgarantien der russischen Seite festgelegt. Unter den Garanten sehe die Ukraine fünf ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, und zwar China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA, und noch Deutschland, die Türkei, Kanada, Italien, Polen und Israel. Die Garantien für die Ukraine sollten dem Artikel 5 des NATO-Vertrages über die kollektive Sicherheit ähneln. Sollte das ukrainische Territorium einem Angriff ausgesetzt werden, müssten diese Staaten nach maximal drei Tagen Beratungen eine Flugverbotszone ausrufen und Waffen sowie militärische Hilfe gewährleisten.
Ihrerseits verpflichte sich die Ukraine in diesem Fall, sich keinen Militärbündnissen anzuschließen und nicht an der Entwicklung von Atomwaffen zu arbeiten. Den EU-Beitritt der Ukraine sollen die Garantenstaaten nicht verhindern und bei Gelegenheit auch fördern.
Der Berater des ukrainischen Präsidenten Michail Podoljak sprach in seiner Erklärung außerdem die Fragen der Donbass-Republiken und der Krim an, die als die schwierigsten bei den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine gelten. Ihm zufolge schlägt die Ukraine Russland vor, die Verhandlungen zum Krim-Status für die nächsten 15 Jahre zu führen, wobei sich die Seiten verpflichten würden, nicht zu versuchen, den Streit durch militärische Mittel zu lösen. Die Situation um die Donbass-Republiken sollen die Präsidenten persönlich diskutieren.

16:29 (15:29) novorosinform.org: **Spezialeinheiten haben ukrainische Nazis gefangen genommen, die Soldaten der russischen Streitkräfte brutal gefoltert haben**
Die Nationalisten sagten bereits aus, sagte Wladimir Schamanow, stellvertretender Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, Fragen der öffentlichen und religiösen Vereinigungen.
Die ukrainischen Soldaten freuten sich nicht lange über ihre grausamen Verbrechen. Drei Tage

später nahmen russische Spezialeinheiten die Nazis gefangen, die russische Soldaten brutal folterten, betonte Schamanow.
"Jetzt liegen sie ihnen zu Füßen und flehen um Gnade", sagte der Generaloberst.
Er nannte auch die Namen der Festgenommenen. Dies sind Sergej Welitschko (Spitzname Chile) und Konstantin Nemitschev. Beide stammten aus der Nazi-Fanbewegung des Charkower Fußballvereins Metalist, fügte Schamanow hinzu. Ihm zufolge haben die Häftlinge bei den ersten Verhören selbst davon erzählt.
Zuvor war im Internet ein Video über brutale Folter von russischen Soldaten durch Nationalisten aufgetaucht. Das Video löste einen großen öffentlichen Aufschrei aus, woraufhin die UNO die ukrainische Führung aufforderte, dieses Kriegsverbrechen zu untersuchen.

https://novorosinform.org/content/images/20/82/42082_720x405.jpg

16:36 (15:36) ria.ru: **Die Vorbereitung eines Abkommens mit der Ukraine kann laut Staatsduma sehr schnell gehen**
Die Vorbereitung eines Abkommens mit der Ukraine könne schnell gehen, wenn die ukrainische Seite nicht beginnt, den Verhandlungsprozess zu verzögern, sagte Adalbi Schchagoschew, Mitglied des Staatsduma-Ausschusses für Sicherheit und Antikorruption, gegenüber RIA Novosti.
Russland habe eine Lösung vorgeschlagen, wonach ein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Wladimir Selenskij gleichzeitig mit der Paraphierung des Friedensvertrags durch die Außenminister möglich sei, sagte der Leiter der russischen Delegation bei den Gesprächen mit der ukrainischen Seite, Berater des Präsidenten Wladimir Medinskij. Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hatte zuvor berichtet, dass Russland beschlossen hat, die Feindseligkeiten in Richtung Kiew und Tschernigow drastisch zu reduzieren.
Das Außenministerium äußerte die Hoffnung auf einen konstruktiven Ansatz Kiews in den Verhandlungen.
„Es ist zu früh, um (über den Zeitpunkt der Vorbereitung des Abkommens) zu sprechen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Dies kann schnell geschehen, wenn die ukrainische Seite schnell genug und vor allem angemessen reagiert. Zweitens kann es sich verzögern und verzögert werden (von der ukrainischen Seite)", - betonte der Politiker.
Wie der Parlamentarier hinzufügte, handele es sich bei den Verhandlungen und der Sonderoperation um parallele Prozesse, während "niemand daran zweifeln sollte, dass die Sonderoperation fortgesetzt wird". …



https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/01/1752637147_0:0:3410:1919_1280x0_80_0_0_6224c7c6b8adb3a59c26eb0e6a8a2b29.jpg

16:54 (15:54) novorosinform.org: **Ein Frieden mit Kiew würde Russlands Schwächung bedeuten – Experte**

Wenn ein Waffenstillstand unterzeichnet wird, werde die Ukraine ihn nutzen, um sich neu zu gruppieren und aufzurüsten, während der Westen sich darauf vorbereitet, Russland zu zerstören, sagte der Journalist Alexandr Tschalenko.

So reagierte er auf die Verhandlungen zwischen Vertretern Moskaus und Kiews, als deren Ergebnis das russische Verteidigungsministerium am 29. März eine Reduzierung der Aktivitäten der russischen Armee in Richtung Kiew und Tschernigow ankündigte.

Laut Tschalenko nutze Kiew einen möglichen Waffenstillstand, um „seine Wunden zu lecken“ und sich neu zu gruppieren.

"Der Westen wird eine ernsthafte Aufrüstung starten. Das ultimative Ziel dieser Vorbereitungen ist die Zerstörung Russlands", schrieb der Journalist auf seinem Telegram-Kanal.

Ein Friedensvertrag mit Kiew würde Russlands Schwächung bedeuten, betonte der Experte. Als historisches Beispiel führte er den sowjetisch-finnischen Krieg an, nach dem Hitler beschloss, die UdSSR anzugreifen.

https://novorosinform.org/content/images/20/84/42084_720x405.jpg

15:55 de.rt.com: **Beschäftigte im IT-Sektor vorübergehend von russischem Militärdienst befreit**

Die russische Regierung hat am Dienstag angekündigt, junge Beschäftigte im IT-Sektor

vorübergehend vom Militärdienst zu befreien. Demnach könnten IT-Unternehmen für männliche Angestellte unter 27 Jahren einen "Aufschub" des Wehrdienstes beantragen.
Der Erlass gelte auch für Studenten der Fachrichtungen Mathematik, Robotik, Luft- und Raumfahrt sowie Nanotechnologie. Ähnlich wie in Zypern ist der Militärdienst ist in Russland für Männer zwischen 18 und 27 Jahren verpflichtend.
"Es ist wichtig, dass das Entwicklungstempo des IT-Sektors in unserem Land auch unter den Sanktionen nicht nachlässt", erklärte der russische Regierungschef Michail Mischustin am Dienstag den ungewöhnlichen Schritt Russlands.

17:12 (16:12) rusvesna.su: **Der schlimmste Albtraum anständiger Ukrainer**
Die Autoren des Telegram-Kanals „UKRAINE / Open Ukraine“ schreiben darüber, was anständige Ukrainer am meisten fürchten.
„Wissen Sie, der schlimmste Albtraum anständiger Ukrainer (und es gibt viele von uns, sie jagen uns nur mit Hinrichtungen und Folter) ist die Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit einer Bande von Nazis und Drogenabhängigen – wir wachen mit dem schrecklichen Gedanken auf, dass wir unter der Herrschaft von Selenskij bleiben könnten, dass wir einer nach dem anderen erschossen, ertränkt, lebendig verbrannt, zerstückelt werden …
Viele Menschen werfen uns Untätigkeit vor, dass wir nicht kämpfen und nicht zu den Waffen greifen. Aber was ihnen jetzt das Blut in den Adern gefrieren lässt, das haben wir volle acht Jahre gesehen, wir haben damit gelebt.
Wenn ich in Notwehr auf einen ‚Asowianer‘ schieße, geben sie mir 15 Jahre und lasseen mich verrotten, die Polizei, der SBU, die Nazis werden nach mir jagen. „Asowets“ dagegen haben für den Mord an einem illoyalen Bürger absolut nichts zu befürchten. Wir wurden geschlachtet, entführt und erschossen, und niemand hat darauf geantwortet ... "

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/batalon_azov_0.jpg

16:26 de.rt.com: **Russland weist estnische, lettische und litauische Diplomaten aus**
Diplomaten aus Lettland, Estland und Litauen werden Russland verlassen. Mitte März hatten diese Länder zeitgleich die Ausweisung russischer Diplomaten angekündigt. Die russische Botschaft in Estland bezeichnete diese Entscheidung in der Folge als "absurd".
Russland hat beschlossen, vier Diplomaten aus der litauischen Botschaft, drei aus der lettischen Botschaft und drei aus der estnischen Botschaft in Moskau auszuweisen. Die Entscheidung wurde als Reaktion auf "provokative, unbegründete Aktionen" dieser Länder gegen russische Diplomaten getroffen, so das russische Außenministerium auf seiner Webseite. In der Erklärung des Ministeriums heißt es weiter:
"Wir haben gefordert, dass sie das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation innerhalb desselben Zeitraums verlassen wie die Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretungen

in den baltischen Staaten."
Edgars Rinkēvičs, der lettische Außenminister, bezeichnete die Entscheidung zur Ausweisung von Diplomaten aus Russland auf Twitter als "ungerechtfertigt".
Zuvor, am 18. März, hatten die Außenministerien Estlands, Lettlands und Litauens zeitgleich die Ausweisung russischer Diplomaten angekündigt. Drei Mitarbeiter der russischen Botschaft mit Diplomatenstatus wurden in Tallinn zu Personae non gratae erklärt. Sie mussten das Land innerhalb von 72 Stunden verlassen. Das estnische Außenministerium erklärte damals:
"Alle drei waren direkt und aktiv an der Untergrabung der Sicherheit Estlands und der Verbreitung von Propaganda zur Rechtfertigung russischer Militäraktionen beteiligt."
Am selben Tag erklärte das litauische Außenministerium vier russische Diplomaten zu unerwünschten Personen, weil ihr Verhalten "mit dem Diplomatenstatus unvereinbar" sei. Nach Angaben des Ministeriums sollten sie das Land innerhalb von fünf Tagen verlassen. Das litauische Außenministerium stellte fest:
"Russlands Sonderdienste sind aktiv an der Planung und Durchführung einer militärischen Invasion in der Ukraine beteiligt, die nicht nur die Sicherheit der Ukraine, sondern auch die Litauens bedroht."
Auch in Lettland wurden drei Mitarbeiter der russischen Botschaft zu unerwünschten Personen erklärt und aufgefordert, das Land innerhalb von fünf Tagen – bis zum Abend des 23. März – zu verlassen. Das Außenministerium des Landes erklärte:
"Derzeitige Aktivitäten dieser Personen in diplomatischem Gewand sind mit dem Status eines Diplomaten unvereinbar und schaden der Republik Lettland.
Die Entscheidung von Minister [Edgars Rinkēvičs] wurde als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine in ihrem Kampf getroffen."
Rinkēvičs erklärte später auf Twitter, dass dieser Schritt mit Estland und Litauen abgesprochen worden sei.
Die russische Botschaft in Estland bezeichnete die Ausweisung der Diplomaten als "eine weitere unfreundliche Aktion" und erklärte, Tallinn habe keinen Grund für solche Maßnahmen. Die russische Botschaft stellte in der Folge eine angemessene Reaktion auf diese Maßnahmen in Aussicht, und fügte hinzu:
"[Diese Entscheidung] wurde unter einem absurden Vorwand getroffen, ohne dass auch nur eine einzige Tatsache angeführt wurde, um die völlig lächerlichen Anschuldigungen zu untermauern."
Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, versicherte ebenfalls, dass die Behörde eine "angemessene Antwort" geben werde und bezeichnete die Ausweisung der russischen Diplomaten als "unbegründet".
Mitte März hatten außerdem die slowakischen Behörden beschlossen, drei russische Diplomaten auszuweisen, weil sie das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen verletzt haben sollen. Zwei Wochen später kündigte das russische Außenministerium die erneute Ausweisung von drei slowakischen Diplomaten an. Damals teilte das russische Ministerium in einer Erklärung mit:
"Wir protestierten auch nachdrücklich gegen die Behinderung und Bedrohung des sicheren Betriebs der russischen Auslandseinrichtungen in der Slowakei."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624305dcb480cc5c4267a336.jpg

17:30 (16:30) novorosinfotm.org: **Ein Experte bewertete die Wahrscheinlichkeit einer Verstärkung der Streitkräfte der Ukraine im Donbass nach den Gesprächen in der Türkei**
Die Möglichkeiten für die Verlegung ukrainischer Einheiten in den Osten seien aufgrund der Treibstoffkrise und der Zerstörung von Ausrüstung äußerst begrenzt, meint der Politikwissenschaftler Andrej Susdalzew.
Die bewaffneten Formationen der Ukraine werden ihre Gruppen im Donbass nicht wesentlich verstärken können, glaubt Susdalzew. Er schrieb darüber im Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“.
Die russische Armee kontrolliere alle Kommunikations- und Fährverbindungen in der Ukraine, und der Mangel an Treibstoff und die Zerstörung von Ausrüstung würden es den Streitkräften der Ukraine nicht erlauben, ihre Einheiten in Gebiete zu verlegen, die von den Streitkräften der DVR und der LVR befreit wurden, erklärte der Politikwissenschaftler.
Zuvor hatten in Istanbul Verhandlungen zwischen Vertretern Russlands und der Ukraine stattgefunden. Infolgedessen kündigte das russische Verteidigungsministerium eine Reduzierung der militärischen Aktivitäten in Richtung Kiew und Tschernigow an.

https://novorosinform.org/content/images/20/87/42087_720x405.jpg

17:59 (16:59) novorosinform.org: **Puschilin: Die Ukraine spielt bei den Verhandlungen nur auf Zeit**
Das offizielle Kiew konzentriert sich während des Dialogs über die Lösung der Situation im Land nicht auf Ergebnisse, sagte das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin.
Das Oberhaupt der Republik erinnerte daran, dass Vertreter des Donbass sieben Jahre lang mit

der ukrainischen Seite über die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen verhandelt hätten, aber aufgrund der Schuld von Kiew blieb die Situation festgefahren. Puschilin sagte dies in der Sendung des Fernsehsenders Russia 24.
„Die Ukraine kann alles unterschreiben, alles versprechen. Westliche Länder können sich der Ukraine anschließen – das haben wir auch gesehen – wie Deutschland und Frankreich. Aber die Ukraine tut nichts“, sagte das Oberhaupt der DVR.
Kiew habe weder den Wunsch noch die Fähigkeit, den Konflikt durch Verhandlungen zu lösen, da es in seinen Entscheidungen nicht unabhängig sei, fügte Puschilin hinzu.
Das Oberhaupt der Republik hatte seine seine Meinung am 29. März vor Beginn der Verhandlungen zwischen Vertretern Russlands und der Ukraine in Istanbul mitgeteilt. Nach dem Treffen kündigte das russische Verteidigungsministerium eine Verringerung der Intensität der Feindseligkeiten in Richtung Kiew und Tschernigow an.

https://novorosinform.org/content/images/20/88/42088_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 29. März 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.
Kommunikationstechniker bringen die Ausrüstung für die Inbetriebnahme von Mobilfunkbasistationen in Jalta und Melekino in Ordnung. In Nowotroizkoje werden Reparaturarbeiten an der Faseroptikmagistrale Donezk-Wolnowacha durchgeführt.
Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den befreiten Ortschaften in den letzten 24 Stunden 206 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe. Zwei weitere medizinische Einrichtungen erhielten die notwendigen Medikamente.
Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR reparierten Schlaglöcher auf der Straße Amwrosiewka-Telmanowo im Gebiet von Oktjabrj und Pischtschewik. Gemeinsam mit Spezialisten des Zivilschutzministeriums wurde die von Kämpfern der BFU zerstörte Brücke auf der Straße in Nowotroizkoje kontrolliert, ebenfalls die Brücke über den Bach auf der Straße Amwrowsiewka-Welikaja Nowosjolowka.
Die **Donezker Eisenbahn** führt Reparaturen an den Betriebsrinrichtungen der Lokomotiven- und der Waggonhalle durch sowie am Umspannwerk RP-1 der Eisenbahnstation Wolnowacha.
An der Eisenbahnstation Weliko-Anadol wurden 130 Waggons entdeckt, es gibt Schäden an Infrastruktur und zahlreiche Schäden am Eisenbahngleis und an den Oberleitungen.
An der Eisenbahnstation Satschajewskaja wurden Schäden am Eisenbahngleis und am Dach der Station festgestellt.
Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben 19,2 Hektar Gelände auf dem befreiten Territorium und 0,3 Hektar Wasserfläche untersucht. 2264 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.
Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:
- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Rubel steigt aufgrund der Fortschritte bei Gesprächen zwischen Ukraine und Russland**
Der Kurs des russischen Rubels ist um zehn Prozent gestiegen. Dies erfolgte, nachdem die russische Delegation Fortschritte bei den Gesprächen zwischen der Ukraine und Russland verkündet hatte. Die Ölpreise sanken wiederum.
Zuvor war der Rubel stärker geworden, als Russland erklärte, dass es zukünftig die Bezahlung von Gas nur in Rubel akzeptieren werde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6243116748fbef14bc2fbc18.jpg

Dan-news.info: In der DVR ist der 119. humanitäre Konvoi aus der RF mit 100 Tonnen Ladung eingetroffen.

17:19 de.rt.com: **"Nützliche Rechtsextreme" – Linken-Politiker würdigt Asow-Kämpfer als Verteidiger der Ukraine**
Ein aktiver Twitter-Nutzer aus den Reihen der Linken ist der gesellschaftlichen Anerkennung der ukrainischen Neonazis einen Schritt näher gekommen. Diese seien "nützlich", weil sie gegen Russland auf der "guten Seite" kämpfen, schrieb der Ex-Abgeordnete Fabio De Masi.

Der Deutsch-Italiener Fabio De Masi war in der letzten Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Bundestag. Zuvor war er vier Jahre Mitglied des Europaparlaments. In den letzten Jahren hat der Politiker das politische Geschehen vor allem aus volkswirtschaftlicher Sicht auf seinem Twitter-Kanal aktiv kommentiert und wurde damit zu einem bekannten Meinungsmacher aus dem linken Spektrum.
Welchen Wandel die Partei Die Linke mit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine vollzogen hat, lässt sich auch an De Masis Auftritten in Fernsehtalkshows und seinen Twitter-Kommentaren ablesen. So rühmte er sich in einem Twitter-Thread am Montag, dass er die Verteidigung der Ukraine durch Asow mit keiner Silbe kritisiert habe.
Das sogenannte "Asow"-Regiment ist ein in die ukrainischen Streitkräfte integrierter neonazistischer Militärverband mit Hauptsitz in der jetzt umkämpften Stadt Mariupol. Seit Beginn des Donbass-Krieges im Jahr 2014 sind Asow und ähnlich gesinnte Formationen besonders für ihren radikalen Militarismus und ihre Erbarmungslosigkeit bekannt. Die geretteten Einwohner erzählen übereinstimmend, dass Asow-Kämpfer sie als lebende Schutzschilde benutzten, aus Artillerie und Panzern auf Häuser schossen und die Fluchtwege unter Beschuss nahmen.
Auf den Straßen von Mariupol lagen deshalb tagelang unbestattete Leichen herum. Dutzende Menschen wurden in den Wohnhöfen oder am Straßenrand begraben. Das Leiden der Menschen führte dazu, dass sie die Kämpfer der Donezker Volksmiliz und das russische Militär als Befreier begrüßten, was in unzähligen Videoreportagen aus Mariupol dokumentiert ist.
Trotz dieser Art der "Kriegsführung" vonseiten Asow würdigte ausgerechnet ein Linken-Politiker die Neonazisten als Verteidiger der Ukraine. "Ich bin ja froh wenn sich Rechtsextreme auch mal nützlich machen", schrieb De Masi.
Hintergrund seiner Äußerung war eine Diskussion zwischen ihm und dem ukrainischen Botschafter in Deutschland Andrej Melnyk, die sich vor wenigen Tagen in einer Talkshow zugetragen hat. De Masi habe seiner Schilderung nach nur die Kritik des Botschafters an einem Tagesschau-Artikel moniert. Dieser habe die Rolle der Rechtsextremen in der Ukraine und Russland verglichen. In einem Screenshot des Artikels kommt die Tagesschau sogar zu dem Schluss, dass die Rechtsextremen in Russland einflussreicher seien als in der Ukraine.
Melnyk ist dafür bekannt, dass er den faschistischen Anführer der ukrainischen Nationalisten und Hitler-Kollaborateur Stepan Bandera als Held würdigte und Asow vor Kritik konsequent in Schutz nimmt. Ständig greift er deutsche Politiker öffentlich an und fordert immer radikalere Schritte vonseiten Deutschlands gegen Russland und zum "Schutz der Ukraine".
Nun gleicht sich auch De Masi in seiner Rhetorik dem ukrainischen Botschafter an und bezeichnet den russischen Präsidenten Wladimir Putin in seinen Auftritten wiederholt als einen "Kriegsverbrecher" und russische Handlungen als "abscheulich". Wenn Kriegsverbrechen vonseiten der ukrainischen Nationalisten begangen werden, dann kämen sie "von der guten Seite", so De Masi.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6242fc1748fbef14bc2fbbe5.jpg

Dan-news.info: **Pressekonferenz des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin (Auszüge)**
Die Verbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass bleiben nicht unbestraft und alle Voraussetzungen zur Schaffung eines Tribunals sind vorhanden. Die zuständigen Behörden arbeiten schon, sie erfassen alles, es gibt bereits eine unbestreitbare Beweisbasis.
„Oft höre ich von Einwohnern von Mariupol die Frage: Wird Mariupol wieder aufgebaut werden? Ja. Wir wissen, dass unsere Vorfahren es nach dem Großen Vaterländischen Krieg schwer hatten, aber die Städte wurden wiederaufgebaut. Uns steht das bevor, wir fürchten die Schwierigkeiten nicht. Wir haben Freunde, die uns helfen."
Zu dem Zeitraum der Befreiungsoperation im Donbass: „Wenn von Zeiträumen die Rede ist, so nenne ich die nicht. Unter Berücksichtigung der unmenschlichen Taktik des Gegners, wenn er sich hinter Frauen und Kindern versteckt, müssen unsere Einheiten das berücksichtigen, daher werden die Pläne korrigiert. Aber natürlich wollen wir, dass die Befreiung so schnell wie möglich erfolgt."
Zu einem möglichen Beitritt zu Russischen Föderation: „Was den Beitritt zur RF betrifft, so geht es um Wünsche und Bestrebungen, die klar schon seit 2014 verfolgt wurden, zu Russland zu gehören. Aber jetzt ist die Hauptaufgabe, an die verfassungsmäßigen Grenzen der Republik vorzudringen. Weiteres werden wir dann regeln."
„Was Freiwillige betrifft, es gibt etwa 26.000 Menschen, die das wollen, sie werden derzeit nicht eingesetzt. Ich schließe nicht aus, dass wir dies in Zukunft tun werden. Das sind nicht nur Menschen aus dem Nahen Osten, sondern eine Menge anderer, darunter auch aus den USA – es gibt dort vernünftige Menschen."
In Wolnowacha wird gerade entschieden, dass wir, ehe wir die Stadt wiederaufbauen, einen neuen Stadtteil bauen müssen. Das werden schnell zu bauende Gebäude mit wenigen Stockwerken sein, damit die Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, eine neue bekommen können.
Zu den nächsten Etappen der Befreiung: „Der nächste ernsthafte Punkt ist sicher Kramatorsk, aber ich würde auch Awdejewka nicht als erledigt ansehen, unter Berücksichtigung dessen, dass dort die Kokerei ist und mit was für einem Gegner wir kämpfen. Unter Berücksichtigung dessen müssen Maßnahmen getroffen werden, um eine ökologische Katastrophe zu verhindern."

abends:

18:15 de.rt.com: **Peking lehnt antirussische Sanktionen ab und verweist auf Haltung der internationalen Gemeinschaft**
Erneut hat die chinesische Regierung Forderungen westlicher Staaten eine klare Absage

erteilt, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Solche Sanktionen, wie auch andere vom Westen verhängte, seien völkerrechtswidrig.
Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums hat die Vereinigten Staaten am Montag aufgefordert, die Bedenken Chinas im Umgang mit der Ukraine-Frage und den Beziehungen zu Russland ernst zu nehmen und die legitimen Rechte und Interessen Chinas nicht zu untergraben. Dies berichtete die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.
Wang Wenbin, Sprecher des Außenministeriums in Peking, äußerte sich bei einer täglichen Pressekonferenz als Antwort auf eine Anfrage zu den gegen Russland verhängten US-Sanktionen. Der chinesische Diplomat sagte, dass Sanktionen kein wirksames Mittel zur Lösung von Problemen seien. Die chinesische Regierung lehne einseitige Sanktionen und Ansprüche, solche Sanktionen sogar extraterritorial durchzusetzen, die keine völkerrechtliche Grundlage ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats hätten, entschieden ab.
"Das ist Chinas konsequente Position, sowohl bei offenen als auch bei nichtöffentlichen Treffen."
Wang sagte, mehr als 140 der über 190 UN-Mitgliedsstaaten sich bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland der Stimme enthalten hätten, was ein Zeichen dafür sei, dass die meisten Länder der Welt die Frage der Sanktionen umsichtig und verantwortungsbewusst behandelt hätten. Dazu erklärte der chinesische Sprecher:
"Wir hoffen, dass sich alle Seiten beruhigen und sich auf die Förderung von Friedensgesprächen konzentrieren können, anstatt die Sanktionen zu eskalieren und die Streitigkeiten zu verschärfen."
Das Problem bestehe nicht darin, wer Russland bei der Umgehung der Sanktionen helfen wolle oder nicht, sondern darin, dass der normale Handel und Wirtschaftsaustausch zwischen den Ländern, einschließlich China, und Russland bereits unnötig beeinträchtigt worden sei, sagte Wang.
"Wir fordern die Vereinigten Staaten auf, die Bedenken Chinas in der Ukraine-Frage und in den Beziehungen zu Russland ernst zu nehmen und die legitimen Rechte und Interessen Chinas in keiner Weise zu untergraben."
China werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die legitimen Rechte und Interessen chinesischer Unternehmen und Einzelpersonen zu wahren, fügte er hinzu.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62430196b480cc16d4403900.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 29.3.22**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122-mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, vier wurden verletzt**. 17 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zilivisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.
Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 27 ukrainische Nationalisten, 9 Feuerpositionen, einen Panzer und ein Panzerfahrzeug vernichtet. Ein 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“ und ein Panzerfahrzeug wurden erbeutet.
Die Kiewer Führung unternimmt weiter vergebliche Versuche, Führer der nationalistischen Gruppen, die in Mariupol blockiert sind, zu evakuieren.
Heute morgen haben Kräfte der Luftabwehr der Donezker Volksrepublik einen Hubschrauber entdeckt, der in Richtung Mariupol flog. Der ukrainische Pilot erschrak, wendete die Maschine und beschloss, nicht das Schicksal seines Kameraden zu wiederholen, der gestern beim Flug nach Mariupol abgeschossen wurde.
Ich unterstreiche, dass die Kiewer Führung und der ukrainische Generalstab seit zwei Tagen versuchen, aus dem umzingelten Mariupol Führer der Nationalisten herauszuholen, die nur einen „Medienwert“ darstellen – den Kommandeur der 36. Brigade Baranjuk und den Kommandeur von „Asow“ Prokopenko.
Die übrigen Soldaten und Mitarbeiter anderer militärischer Strukturen sind von keinerlei Interesse für das offizielle Kiew.
Ich wende mich ein weiteres Mal an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufe sie auf, gut nachzudenken, ob es sich lohnt, sein Leben für die käufliche Regierung zu geben, die Sie verraten und abgeschrieben hat. Noch können Sie zu Ihren Familien zurückkehren, dazu ist es nötig, die Waffen niederzulegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik überzugehen.
Ich merke an, dass **heute acht Soldaten der 25. Luftlandebrigade freiwillig die Waffen niedergeleg**t haben und auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen sind.
Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 452 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 22 wurden verletzt**.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.
Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbei für zukünftige Generationen sein werde.
Eine Einheit unter dem Kommando des Oberleutnants Denis Olegowitsch Dshumrat war seit den ersten Tagen an harten Angriffe und an der Befreiung von Ortschaften auf dem Weg nach Mariupol beteiligt.
Die Soldaten der Einheit vernichteten methodisch die befestigten Feuerpositionen des Gegners und erfüllten erfolgreich alle ihnen gestellten Aufgaben. Am 18. März geriet die Einheit auf dem Freiheitsplatz in Mariupol in eine Falle und geriet in einen Kampf mit überlegenen Kräften des Gegners. Um das Leben seiner Kampfgenossen zu retten zog Oberleutnant Denis Olegowitsch Dshmrat das Feuer der Neonazis auf sich selbst, während des Kampfes vernichtete er persönlich einen befestigten Maschinengewehrpunkt und 12 Nationalisten. In dieser Zeit konnte die Einheit aus der Umzingelung entkommen, der

Kommandeur einer mobilen Kompanie der 5. Panzergrenadierbrigade Oberleutnant Denis Olegowitsch Dshmrat wird für immer als Held in unseren Herzen und denen der von ihm geretteten Genossen bleiben.

18:50 de.rt.com: **Geflüchtete berichtet: "Sie töteten meinen Sohn und nahmen seinen Anzug"**
Nadeschda Wladimirowna, eine Geflüchtete aus Mariupol, berichtete dem Sender Donbass Entscheidet über Misshandlungen durch die Nationalisten des ukrainischen Asow-Regiments. "Die Asowschen" hätten ihren Sohn getötet und ihren Enkel verwundet, dann hätten sie deren Kleider angezogen und seien gegangen.
Nach ihren Angaben töteten die Kämpfer des nationalistischen Asow-Regiments am 14. März ihren Sohn und zerschossen ihrem Enkel, der sich vor dem Eingang aufhielt, die Beine. Am nächsten Tag brachen sie über den Balkon in die Wohnung der Familie ein und verlangten von der Schwägerin die Kleidung der beiden Männer. Anschließend zogen sie sich in die Zivilkleidung an – wohl um sich vor den russischen Kämpfern zu verstecken.
Nadeschda Wladimirowna gibt die Worte ihrer Schwägerin zu den Mördern ihres Mannes wie folgt wieder:
"Das sind die Kleider meines Mannes, den Sie gestern getötet haben, und das sind die meines Sohnes, der verwundet wurde. Hier nehmt sie!
Sie haben ihre Kleidung gewechselt. Sie zogen den Anzug meines Sohnes und meines Enkels an und gingen",
sagt Nadeschda Wladimirowna.
Nadeschda selbst hat eine Schusswunde im Arm. Sie und ihr kranker Mann konnten gerade noch aus Mariupol evakuiert werden, wo sowohl ihr verwundeter Enkel als auch ihre Tochter und ihre Enkelin verblieben.
"Es gibt Leichen in den Höfen, der Hof ist mit Leichen bedeckt. Es ist die Hölle",
beschreibt die Geflüchtete die Lage in Mariupol.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/PXg9szfGS3JlWlZsFLjAEYrX0vssmQ0bsh-Qr6NidIk_XfwOO5CEi7vldTS5wvlT9Y-8b58s90PoANEsBIZ_6WXPCvAkO4wOIrtiUP_-fP6BPpGkTpl1k0O8AOPVwy53E7IVeJVZYLcLm7W6QFAbtVuqsPIjUTTzc-tJoU1qghZs1qvLSzGzh6172mT0iEUgPJYruT3CDgjOWsanoo4OfikAWJFYOQ92GHWCRpQc-ZIVVXfizX020We9Eak0oRAbsY5mIieU9_IrKn-Zj4H9GxmXgAfKsdKdprJhN7G9biXF_K7KiuLVnudoJjXfcG71qbL_o3oGfpIXmN6PjB3tFQ

19:20 de.rt.com: **Ukrainische Kriegsverbrechen bleiben nicht ungestraft – Puschilin**
DVR-Chef Denis Puschilin hat betont, dass Kriegsverbrechen der ukrainischen Nazis nicht ungestraft bleiben würden. Er wies darauf hin, dass alle Voraussetzungen für ein Tribunal gegeben seien:
"Für uns ist das eine Frage der Ehre."
Puschilin zufolge veröffentlichten die ukrainischen Nazis zahlreiche Videos, auf denen zu sehen sei, wie sie russische Soldaten foltern. Sie würden den verprügelten russischen Soldaten in die Knie schießen oder diese sogar bei lebendigem Leibe ans Kreuz nageln und verbrennen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62433718b480cc5bb81cb0ad.jpg